Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal, am Mittwoch Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher.)
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteile 15 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 20. **Mittwoch, den 11. März 1925.** **28. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstag trat dem Regierungsvorschlag bei, den Termin für die Wahl des Reichspräsidenten auf den 29. März festzusetzen. Ergibt der erste Wahlgang kein Resultat, findet die endgültige Wahl am 26. April statt.

* Der Gesetzentwurf über die Berufung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons zum Stellvertreter für den Reichspräsidenten bis zur Neuwahl wurde im Reichstage angenommen.

* Im Eisenbahnarbeiterstreik ist noch keine Entspannung eingetreten. Man hofft auf erfolgreiche Einigungsverhandlungen in den nächsten Tagen.

* Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, ein Sohn des ehemaligen Regenten von Braunschweig, Prinz Albrecht, ist in Dresden gestorben.

* Im Saargebiet sind außerordentlich umfangreiche Sprengstoffbindungen entdeckt worden.

* Die 33. Tagung des Völkerbundrats wurde in Genf eröffnet.

Gefahr für den Bahnverkehr.

Von unterrichteter Seite wird uns zu dem um sich greifenden Streik bei der Reichsbahn geschrieben:

Der Eisenbahnerstreik scheint sich jetzt zu einer ernsten Gefahr auszuwachsen, denn seit seinem Beginn Mitte vergangener Woche ist die Zahl der Streikenden in steter Zunahme begriffen. Bei einem derart komplizierten Mechanismus, wie ihn die Reichsbahn darstellt, ist aber alles auf ein durchaus reibungsloses Zusammenarbeiten aller Teile, auf ein Ineinandergreifen aller Räder eingestellt; wenn irgendwo auch nur die geringste Störung eintritt, dann läuft das ganze Getriebe Gefahr. In der Hauptsache sind übrigens bisher nur Eisenbahnarbeiter an der Streikbewegung beteiligt, die ihren Grund darin hatte, daß eine allgemeine Lohnerhöhung verlangt wurde, während die Reichsbahngesellschaft nur dort die Löhne heraufsetzen wollte, wo sie bisher unter denen der Industriearbeiter lagen.

Die Reichsbahngesellschaft erklärt nämlich, sie könne eine derartige allgemeine Lohnerhöhung nur dann zugestehen, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben durch eine Tariferhöhung wieder hereingebracht würden. Der Grundsatz der Gesellschaft, daß die Einnahmen nicht geschmälert werden dürften, daß vielmehr ausgedehnteste und rigoroseste Sparsamkeit oberste Pflicht sei angesichts der enormen Belastung durch die Reparationsverpflichtungen, die auf der Reichsbahn liegen, ist natürlich richtig. Unrichtig aber ist es — Beispiele dafür haben wir doch gerade in den letzten Jahren zahlreich genug erlebt! —, aus einer Tariferhöhung nun ohne weiteres auch auf eine Vermehrung der Einnahmen zu schließen. Die Gesellschaft gibt andererseits zu, daß die von ihr gezahlten Löhne mancherorts nicht an die von der Industrie gezahlten heranreichen. Das ist falsche Sparsamkeit, weil sie unwirtschaftlich ist. Auch die Arbeiter bei der Eisenbahn haben ihre besonders große Verantwortung und an ihre Ehrlichkeit werden weit größere Ansprüche gestellt als an zahlreiche Arbeiterkategorien der Privatindustrie. Man denke nur daran, welche Werte durch die Hände der Güterbodenarbeiter gehen, denke an die gefährliche Arbeit beim Rangieren.

Die Lage der Streikenden ist keineswegs rosig und es hat viel zum Ausbruch des Streiks beigetragen, daß bekannt wurde, welche sehr beträchtlichen Gehälter die höchsten Beamten der Reichsbahngesellschaft ausgezahlt erhalten. Das Reichsbahngesetz vom 31. August 1924 hatte für die Beamtengehälter nur die Grenze nach unten gezogen, indem es festsetzte, daß diese Gehälter nicht geringer sein sollten als die gleichartigen bei den Reichsbehörden. Es erregte im Reichstag vor einiger Zeit die größte Sensation und bei allen Parteien eine ziemliche Entrüstung, als festgestellt wurde, daß die obersten Beamten der Reichsbahngesellschaft weit höhere Gehälter erhielten als die entsprechenden Beamten beim Reichsverkehrsministerium. Ein weiteres Ungeschick bedeutete es, daß die Reichsbahn wenige Tage darauf auch noch mit der Ankündigung einer Gütertariferhöhung kam. Das Reich selbst hat keinen Einfluß auf die Gehaltsregulierung bei der Reichsbahn, hat dagegen ein Genehmigungsrecht bei Tarifänderungen. Darüber hinaus kann es aber auch Tarifherabsetzungen verlangen, und zwar für Personen- oder Gütertarife, wenn diese im Interesse der deutschen Volkswirtschaft für notwendig erachtet werden. Das ist ja schon einmal erreicht worden. Tarifherabsetzungen brauchen nun aber ihrerseits auch nicht etwa Einnahmeverminderung zu bedeuten.

Die ganze Haltung der Reichsbahngesellschaft in der letzten Zeit hat wenig Sympathie hervorgerufen. Die Kampflage der Streikenden ist nicht günstig, weil sie mit der Einstellung von früher Entlassenen rechnen müssen. Allein 30 000 Eisenbahnarbeiter des Einbruchsgebiets im Westen konnten nicht wieder eingestellt werden, als die belgisch-französische Regie abgebaut und ihr Betrieb in die Verwaltung der Reichsbahngesellschaft zurückgegeben wurde. Hinzu kommen aber auch noch die zahlreichen unteren Eisenbahnbeamten, die in großen Massen abgebaut sind und bereits vielfach zur Übernahme der Arbeit der Streikenden wieder herangezogen werden konnten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist ein größerer Eisenbahnerstreik aufs tiefste zu beklagen wie jeder Streik. Aber es muß doch gesagt werden, daß die Reichsbahngesellschaft einen Fiskalismus betreibt, der in den Bestimmungen des Londoner Pakts vorläufig jedenfalls keine Unterlagen hat. Die Reparationslasten, die im Jahre 1925 von der Eisenbahn zu tragen sind, sind verhältnismäßig noch sehr geringe; erst im nächsten und im folgenden Jahr werden sie einen Stand erreichen, der allerdings die allergrößte Sparsamkeit zur selbstverständlichen Pflicht macht. Selbstverständlich ist auch jetzt die vorbeugende Sparsamkeit vonnöten. Aber sie darf die allgemeinen Interessen nicht bedrohen, zumal sie auch, wie die kürzlichen so stark erhöhten Aufwendungen beweisen, nicht gleichförmig durchgeführt wird. Der fiskalistische Standpunkt der Reichsbahngesellschaft ist um so auffallender, als ihr Verwaltungsrat doch, soweit es die deutschen Mitglieder angeht, zum größten Teil aus Männern des Wirtschaftslebens besteht, das in erster Linie unter dieser Übertreibung zu leiden hat.

Irgendwelchen Anregungen seitens des Reichstages hat sich die Reichsbahngesellschaft immer unzugänglicher erwiesen, und das teilweise in Formen, die eine allzu schroffe Betonung ihres Charakters als reiner Privatgesellschaft darstellte. Schließlich besitzt die Gesellschaft doch — man wäre beinahe versucht, zu sagen: leider — das Verkehrsmonopol in Deutschland, sowieso es sich auf dem Lande vollzieht, und nach dem Londoner Pakt müssen die Wasserstraßentarife mit den Eisenbahntarifen in Einklang gebracht werden. Daraus erwachsen aber für die Reichsbahngesellschaft nun nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber der Volkswirtschaft. Es geht natürlich nicht an, alle und jede Last auf das zahlende Publikum und die Wirtschaft abzuwälzen. Es geht nicht an, bei jedem Meinungsstreit über die Entlohnung der Arbeiter — ganz gleich, ob diese recht haben oder nicht — mit der Erhöhung der Tarife zu drohen.

Vor entscheidenden Beschlüssen.

Berlin, 9. März.

Man kann nicht sagen, daß das Scheitern der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Generaldirektion des Streiks gebracht hat. Allerdings ist auch keine Verminderung eingetreten. Immerhin beschränkt sich die Aktion bisher mehr auf lokale als allgemeine Erweiterungen. Die Spitzen der in Betracht kommenden Eisenbahnerverbände sind erst heute zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Forderungen der Eisenbahnarbeiter ein klares Bild zu gewinnen. Entscheidende Beschlüsse sind noch nicht zu erwarten, da die endgültige Beschlußfassung erst am Mittwoch erfolgen soll.

Sollten die Gewerkschaften zu den Streik billigenden Beschlußfassungen kommen, so muß der Schlichtungsweg über das Arbeitsministerium versucht werden. Die Reichsbahngesellschaft macht darauf aufmerksam, daß den Beamten kein Streikrecht zusteht. Der Allgemeine Deutsche Eisenbahnerverband erläßt eine Erklärung, in der er das Angebot der Reichsbahnverwaltung, an einigen Orten die Ortszulagen neu festzusetzen, als „belanglos" hinstellt und es nunmehr als seine Pflicht ansieht, die Leitung des ohne sein Zutun spontan entstandenen Streiks in die Hand zu nehmen. In dem Verband ist jedoch nur ein Teil der Angestellten organisiert.

Zur Präsidentenwahl.

n. Berlin, 9. März.

Auch heute kann von einer Klärung der Frage, welche und wieviel Kandidaten aufgestellt werden, noch nicht die Rede sein. Die Tatsache, daß die rechtsstehenden Parteien mit einem gemeinsamen Kandidaten in den Wahlkampf ziehen werden, scheint festzustehen, obwohl noch keine Entscheidung darüber getroffen ist, ob die Bayerische Volkspartei, mit der Verhandlungen schweben, sich mit den übrigen Rechtsparteien vereinigt. Genannt wurden bekanntlich der volksparteiliche Duisburger Oberbürgermeister und frühere Reichsinnenminister Dr. Jarres und der dem rechten Flügel des Zentrums angehörige ehemalige preußische Ministerpräsident Adam Stegerwald. Die bestimmte Nominierung dürfte Mitte der Woche erfolgen. Von Bedeutung dafür dürfte die Stellungnahme der Zentrumspartei sein, die ebenfalls in diesen Tagen sich schlüssig werden soll. Vorläufig tritt dabei der Name des ehemaligen Reichskanzlers Marx stark in den Vordergrund. Die Demokraten halten vorläufig zurück. Es ist ungewiß, ob sie für sich einen Kandidaten herausstellen. Beim Zentrum sowohl wie bei den Demokraten hat das Vorgehen der Sozialdemokratie erhebliches Aufsehen hervorgerufen, die Otto Braun, den preußischen Ministerpräsidenten der letzten drei Jahre, als ihren Mann proklamierten. Nach dieser Proklamation gewinnt die Voraussage große Wahrscheinlichkeit, daß die Rechtsparteien schon im ersten Wahlgang eine übereinstimmende Wahlparole haben werden, während die nicht mit ihnen gehenden Parteien jede für sich die Stimmen der Wähler sammeln würden.

Der stellvertretende Reichspräsident.

Dr. Walter Simons, der vom Reichstag zum stellvertretenden Reichspräsidenten gewählt worden ist, steht im 64. Lebensjahr. Die großen Parteien des Reichstages haben sich gerade auf seine Person geeinigt, da er in allen Parteilagern sich großen Ansehens erfreut und seine Stellung als Präsident des Reichsgerichts, also des höchsten Gerichtes des deutschen Reiches, eine von politischen Einflüssen unabhängige Geschäftsführung seines Amtes erwarten läßt. Dr. Simons ist kein Neuling in der großen Politik. Er gehörte dem Kabinett Fehrenbach als Außenminister an und hat in Versailles und Spa mit den Vertretern der ehemaligen Feinde Deutschlands um günstigere Friedensbedingungen für sein Vaterland gekämpft. Bei seiner Rückkehr aus Spa brachte ihm die Berliner Bevölkerung begeisterte Ovationen dar. Dr. Simons wird die Stellvertretung bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten übernehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin.

Die aus amerikanischer Quelle stammende Nachricht, daß Hilles zum amerikanischen Botschafter in Berlin ernannt worden sei, entspricht, wie Reuter zu melden weiß, nicht den Tatsachen. Als Botschafter Amerikas in Berlin soll vielmehr der augenblickliche amerikanische Gesandte in China, Jacob Gould Schurman, in Aussicht genommen sein, der auf deutschen Universitäten erzogen worden und mit dem Deutschen sehr vertraut ist.

Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen gestorben.

Im „Weißen Hirsch" bei Dresden, wo er Genesung von einem Leiden suchte, ist Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen gestorben. Der Prinz hat ein Alter von nur 45 Jahren erreicht. Er war der jüngste Sohn des Prinzen Albrecht, ehemaligen Regenten von Braunschweig. Der Verstorbene war längere Zeit hindurch Landrat des Kreises Frankenstein in Schlesien.

Verbotene Hitler-Versammlungen.

Die von der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei für Dienstag in verschiedene große Münchener Säle einberufene fünf großen Massenversammlungen sind von der Polizeidirektion München verboten worden. In der Begründung wird hervorgehoben, daß Hitler in seiner letzten Versammlung Redewendungen gebraucht habe, die nahe an Versuch zum Hochverrat grenzen. Die Polizeidirektion sei daher verpflichtet, einer solchen den Staat gefährdenden Entwicklung zuvorzukommen und die für Dienstag anberaumten Massenversammlungen zu verbieten.

Japan.

× **Ein Sozialistengesetz in Japan.** Das japanische Parlament hat mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf angenommen, nach dem jedermann mit Gefängnis bedroht wird, der an einer geheimen Organisation teil-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250311-17/fragment/page=0001

nimmt, deren Zweck der Umsturz der Verfassung und der Regierungsform oder die Antastung des Privateigentums ist. Da die Regierung befürchtete, daß im Laufe der Diskussion des Gesetzentwurfs Manifestationen stattfinden könnten, hatte sie das Parlamentsgebäude durch starke Polizeiaufgebote bewachen lassen. Es wurden etwa 30 Personen, die vor dem Gebäude manifestierten, festgenommen.

Aus In- und Ausland.

München. Die Ortsgruppe München der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung faßte den Beschluß, die Ortsgruppe aufzulösen. Gleichzeitig stellte sie ihren Mitgliedern die Wahl ihrer künftigen Organisation frei.

München. Finanzminister Dr. Krausneck hat sich zu Verhandlungen des Reichsrat-Ausschusses über den Finanzausgleich abermals nach Berlin begeben.

Genf. Montag vormittag ist die 33. Tagung des Völkerbundrats eröffnet worden, die aber, entgegen dem allgemeinen Brauch, nicht öffentlich war.

Paris. Fürst Sergius Lwoff, der erste Ministerpräsident der russischen Märzrevolution und Vorgänger Kerenskis, ist in Boblagne-sur-Mer gestorben.

London. Ein Transport der Eastern-Transportgesellschaft ist auf dem Wege von Bagdad nach Beirut von einer 40 Köpfe starken Räuberbande angegriffen und beraubt worden. Die Gattin des französischen Vizekonsuls in Bagdad wurde durch Schüsse getötet.

Athen. Die Eisenbahner ganz Griechenlands sind in den Ausstand getreten.

Konstantinopel. Einem Telegramm aus Angora zufolge haben die kurdischen Rebellen Kadykedchy, 5 Kilometer von Diarbekir entfernt, besetzt.

Deutscher Reichstag.

(62. Sitzung.) CB. Berlin, 9. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert der Abg. **Stöcker** (Komm.) gegen das Verbot von 11 kommunistischen Zeitungen auf Grund des Republikschutzgesetzes. Er beantragte die Aufhebung dieser Verbote und verlangte die sofortige Beratung dieses Antrags. Weiter verlangte er sofortige Besprechung des Streiks der Eisenbahner. Der sofortigen Beratung des kommunistischen Antrags auf Aufhebung des Zeitungsverbots wurde widersprochen, dagegen die Besprechung des Eisenbahnerstreiks als vierter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Wahltag und Stellvertretung.

Ohne Debatte wurde darauf die Regierungsvorlage genehmigt, wonach für die Wahl des Reichspräsidenten der Wahltag auf Sonntag, den 29. März, für einen evtl. weiteren Wahltag auf Sonntag, den 26. April gelegt wird. Auf der Tagesordnung stand dann das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten. Es ist von allen Parteien, mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Kommunisten, eingebracht und besagt, daß zum Stellvertreter des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten bestimmt wird. Die Vorschriften der Reichsverfassung über den Reichspräsidenten finden für die Dauer der Stellvertretung auf den Stellvertreter Anwendung. Dieser bezieht für die Dauer der Stellvertretung das dem Reichspräsidenten zustehende Diensteinkommen einschließlich der Aufwandsgelder. Abg. **Henning** (Nationalsoz.) hielt den Reichskanzler für den richtigen Stellvertreter. Das Gesetz wurde darauf in erster und zweiter Lesung angenommen, der kommunistische Antrag abgelehnt.

Es folgte der vom Reichsfinanzministerium eingebrachte Gesetzentwurf, der die Regierung ermächtigt, die aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten entstandenen Kosten auf Reichsmittel zu übernehmen.

Abg. **Remmele** (Komm.) protestiert gegen die Vorlage und richtete, oft von Entrüstungskundgebungen der Sozialdemokraten unterbrochen, heftige Angriffe gegen die Politik des verstorbenen Reichspräsidenten. Als er behauptete, Präsident Ebert hätte als Beauftragter der Bourgeoisie für Niederwerfung der Revolution der Arbeiterklasse alle Mittel und Verbrechen angewendet, wurde er vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen. Während der weiteren Ausführungen des Redners kommt es wiederholt zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten.

Abg. **Fehrenbach** (Ztr.) legte unter lebhaftem Beifall der Mehrheit Verwahrung gegen die Art ein, wie von dem Vorredner das Andenken des verstorbenen Reichspräsidenten geschändet worden sei, eines Mannes, dessen persönliche Würde und dessen hohe Verdienste um das Vaterland über jeden Zweifel erhaben seien.

Abg. **Graf v. Reventlow** (Nationalsoz.) erklärte, seine Freunde würden unbeirrt durch Haß und Sentimentalität die Vorlage ablehnen.

Die Vorlage wurde dann in erster und zweiter Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Der Streik bei der Reichseisenbahn.

Abg. **Koenen** (Komm.) begründete darauf einen Antrag, der die Regierung ersucht, ihren ganzen Einfluß auf die Reichsbahndirektion dahingehend geltend zu machen, daß die Forderungen der streikenden Eisenbahner erfüllt werden.

Abg. **Schumann** (Soz.) wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten schon bei der Umorganisation der Reichsbahn eine größere Rücksichtnahme auf die Lebensbedürfnisse der Eisenbahner verlangt hätten. Es sei höchst bedauerlich, daß die Reichsbahnverwaltung, offenbar unter dem Druck der Schwerindustriellen im Verwaltungsrat, die bescheidenen Forderungen der Eisenbahner abgelehnt hätte. Wenn jetzt nicht in letzter Stunde die Verwaltung einlenke, bestehe die große Gefahr, daß der Streik auf das Verkehrspersonal übergreife und namenloses Unglück über Deutschland bringe.

Ein Schlußantrag machte der weiteren Debatte ein Ende. Gestellt war auch ein Antrag auf Überweisung an einen Ausschuß. Die Abstimmung darüber bleibt zunächst zweifelhaft. Der Hammelsprung ergab jedoch die Annahme mit 179 gegen 127 Stimmen. Wie der Präsident mitteilte, wird sich der Verkehrsausschuß bereits morgen vormittag mit der Angelegenheit beschäftigen.

Auf der Tagesordnung stand dann der Antrag der Deutschnationalen auf Bildung eines Ausschusses von 14 Mitgliedern zur Untersuchung der Ursachen der Explosion in Reinsdorf. Die Antragsteller beantragten die vorläufige Aussetzung des Punktes, da die Regierung eine Denkschrift darüber angekündigt hätte.

Abg. **Koenen** (Komm.) verlangte eine Besprechung und begründete einen kommunistischen Antrag, der einen Untersuchungsausschuß mit ganz bestimmten Aufträgen einsetzen will.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung Dr. **Syhow** gab der Teilnahme der Reichsregierung für die Opfer des Unglücks Ausdruck und teilte mit, daß ein von der Verwaltung eingesetzter Untersuchungsausschuß noch in dieser Woche dem Reichstage ein Gutachten über die Ursachen des Unglücks vorlegen wird. Die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung wurde darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten beschlossen. Es folgte die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über die

Aufnahme von Auslandsanleihen durch Gemeinden und Gemeindeverbände,

die dazu der Zustimmung des Reichsfinanzministers bedürfen. Nach einem Beschluß des Ausschusses soll das Gesetz auch Anwendung finden bei allen Kreditverträgen, die seit dem 1. März 1925 abgeschlossen sind. Auf kommunistischen Antrag wird dieser Termin aber schon auf den 1. Februar verlegt. Die Vorlage wurde dann in 2. und 3. Lesung endgültig angenommen.

Die Vorlage über den Beitritt des Reichs zum Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher Herkunftsangaben auf Waren wurde ohne Debatte angenommen.

Dem Auswärtigen Ausschuß wurde zum Schluß überwiesen der Gesetzentwurf über den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf in Verbindung mit dem Entwurf über das Washingtoner Übereinkommen über die Arbeitslosigkeit, das Genfer Übereinkommen über die Stellenvermittelung für Seeleute, das Genfer Übereinkommen über das Koalitionsrecht der Landarbeiter und das Washingtoner Übereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft.

Nach 6 Uhr vertagte sich das Haus auf Dienstag, um den Etat des Reichsjustizministeriums zu beraten.

Deutschnationale Forderungen.

Tagung der deutschnationalen rheinischen Verbände.

Auf dem am Sonntag in Köln abgehaltenen Parteitag der vier rheinischen Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei hielt der frühere Vorsitzende der Partei, Staatsminister a. D. Hergt das Hauptreferat. Der Redner wies u. a. darauf hin, daß ohne die deutschnationale Opposition der Einfluß der Rechtsparteien, wie er heute bereits zur Geltung komme, nie erreicht worden wäre. Hergt unterstrich hierbei, daß allerdings ohne Preußen auch die Verhältnisse im Reich die Deutschnationalen nicht dauernd befriedigen würden. Hergt trat dann für Aufwertung der Kriegsanleihe, Einführung der dazu notwendigen Steuern, ferner für starke Besteuerung des seit 1913 erzielten Wertzuwachses und für Schutzzölle ein. In außenpolitischer Hinsicht verlangte er gleiches Recht bei den Verhandlungen mit der Entente bezüglich der Sicherheitsfrage und stellte fest, daß eine neutrale Zone auf deutscher Seite auch eine solche auf französischer Seite bedinge. Am Schluß seiner Ausführungen stellte er als Grundsatz für die kommende Präsidentenwahl die Parole, daß es keine Parteiwahl, sondern eine Wahl der Persönlichkeit sein müsse. Am Schluß der Versammlung wurden eine Reihe von Entschließungen angenommen, in denen zum Wiederaufbau Deutschlands durch innerliche Erneuerung unseres Volkstums, die Zurückstellung des konfessionellen Haders, die baldige Verabschiedung eines christlichen Schulgesetzes, die Aufrechterhaltung des Anschlusses der Rheinlande an das Reich und Preußen, die Räumung der Kölner Zone und die Anbahnung eine Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit aufgefordert wird.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten aus aller Welt.

Dienstag Wahl des preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 9. März. Der Ältestenrat des Preußischen Landtags hat in einer heute abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten am Dienstag, 10. März, durch den Landtag vornehmen zu lassen. Am Donnerstag soll die Regierungserklärung im Landtag abgegeben werden, falls es dem Ministerpräsidenten gelungen sein sollte, bis dahin ein Kabinett zu bilden.

Der Münchener Brauereiarbeiterstreik.

München, 9. März. Von den ausgesperrten oder streikenden Brauereiarbeitern sind heute früh nur vereinzelte Arbeiter wieder angetreten. Im allgemeinen arbeiten durchschnittlich 40 bis 50 % der Brauereiarbeiter. Am Sonnabend kam es zu verschiedenen Zwischenfällen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 9. März. In Berliner politischen Kreisen verfolgt man angesichts der maßlos hetzerischen Kommentare der polnischen Presse wegen des von Deutschland angebotenen Sicherheitspaktes die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen mit größter Besorgnis. Selbst deutsche Kreise, die seit langem mit aller Energie eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen anstreben, erwägen unter diesen Umständen ernstlich, ob der Regierung nicht ein Vorwurf gemacht werden könnte, wenn sie die Verhandlungen mit Polen weiter fortführt.

Die englische Steuerlast.

London, 9. März. Nach einer Meldung des „Manchester Guardian" wird eine Deputation der Föderation britischer Industrien am Donnerstag den Schatzkanzler um eine Unterredung ersuchen, um seine Aufmerksamkeit erneut auf die schwere Belastung des englischen Steuerzahlers durch die Nichtbezahlung der alliierten Schulden hinzulenken. Die Abordnung will Churchill ebenfalls auf die doppelte Besteuerung der englischen Kaufleute im Ausland aufmerksam machen und ihn ersuchen, zur Erleichterung entsprechende Abkommen mit den anderen Ländern zu treffen.

Amerika und die Sicherheitsfrage.

London, 9. März. Aus Washington wird gemeldet: Im Weißen Haus erklärt man, daß die Abmachungen in der Sicherheitsfrage, die gegenwärtig in Europa im Gange seien, nur die europäischen Regierungen angehen, und daß die Vereinigten Staaten nicht daran beteiligt seien. Es sei auch kein Vorschlag gemacht worden, nach dem Amerika sich den Abmachungen anschließen werde.

Bigdor Kopp Sowjetgesandter in Tokio?

Moskau, 9. März. Der Sowjetvertreter in Wien Joffe hat die Annahme des Gesandtenpostens in Tokio abgelehnt. In Sowjetkreisen nennt man als aussichtsreichsten Kandidaten für diesen Posten Bigdor Kopp.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 9. März.

* Börsenbericht. Bei ziemlich widerstandsfähiger Tendenz hielt die bisherige Geschäftsstille an. Es lagen nur ganz verschwindend wenig Aufträge vor und auch diese bezogen sich in der Hauptsache auf einige wenige Spezialpapiere. Auch die gebesserte Lage an dem zurzeit wieder sehr flüssigen Geldmarkt vermochte eine Belebung des Börsengeschäftes nicht herbeizuführen. Etwas lebhafter als am Effektenmarkt war das Geschäft am Markt der inländischen Anleihen. Allgemein hielten sich die Kursveränderungen in engen Grenzen.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,00—20,05; holl. Gulden 167,59—168,01: Dans 79,32 bis 79,52; franz. Frank 21,79—21,85; belg. 21,24—21,50; schweiz. 80,72—80,92; Italien 17,21—17,25; schwed. Krone 113,03—113,31; dän. 75,21—75,39; norweg. 63,97 bis 64,13; tschech. 12,45—12,49.

* Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	9. 3.	7. 3.		9. 3.	7. 3.
Weiz., märk.	250-256	248-256	Weizkl. f. Brl	14,2-14,3	14,3
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	14,3-14,4	14,4
Rogg., märk.	245-248	242-246	Raps	395-400	395
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-31	27-32
Futtergerste	215-232	215-232	kl. Speiserdb	20-22	20-22
Braugerste	247-260	252-254	Futtererbsen	19-21	19-21
Hafer, märk.	186-192	186-192	Peluschken	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	19-21	19-21
westpreuß.	—	—	Wicken	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl			Lupin., blaue	12,2-13,7	12,2-13,7
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	14,5-16	14,5-16
Bln. br. inkl.			Seradella	14,2-16,5	14,2-16,5
Sack (seinst.			Rapskuchen	17,0-17,2	17,2
Mrk. ü. Not.)	34,2-36,7	34,5-36,7	Leinkuchen	22,0-22,5	22,5-23,5
Roggenmehl			Trockenschpl.	9,5-9,6	9,5-9,6
p. 100 Kil. fr.			ow. Zuckschn.	—	—
Berlin br.			Torfml. 30/70	9,3	9,4
inkl. Sack	33,7-36,2	33,7-36,2	Kartoffelfl.	19,4-19,6	19,4-19,7

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 11. März.

Sonnenaufgang	6²⁷	Mondaufgang	7¹ N.
Sonnenuntergang	5⁵⁵	Monduntergang	7⁴ V.

1862 Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. — 1923 Karl v. Müller, Kapitän der Emden, gest.

Der Nutzen der Reklame.

Verhältnismäßig oft hört man im Publikum die Äußerung, daß die Reklame die Ware verteuere. Die hohen Reklamepreise würden doch immer auf die Warenpreise aufgeschlagen, und der Käufer müsse eine unnötigerweise verteuerte Ware bezahlen. Wer so rechnet, vergißt, daß sein Urteil nur bedingt Geltung hat und häufig vollständig falsch sein wird. Es kann ihm leicht passieren, daß er ein Produkt, für das keine Reklame gemacht wurde, zu viel höherem Preise erwerben muß als ein anderes der gleichen Gattung, aber von noch weit besserer Qualität, obwohl oder richtiger weil für das letztgenannte eine großzügige und wirksame Reklame gemacht worden ist. Wir sind heute erfreulicherweise so weit, daß schwindelhafte Anpreisungen sich im Lichte der Öffentlichkeit nicht lange halten und keinen großen Schaden mehr anrichten können. Abgesehen von der gesetzlichen Regelung des Reklamewesens im Urheberrecht, Warenzeichenrecht und Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb sorgt die Leistungsfähigkeit solider Firmen dafür, daß der Käufer seine Wahl treffen kann, ohne übervorteilt zu werden. Durch die Reklame wird erreicht, daß jeder Vergleiche in bezug auf Qualität und Preis der Waren anstellen kann. Man braucht heute nicht mehr „die Katze im Sack" und alte Ladenhüter zu kaufen. Durch die Reklame wird eine natürliche Auslese geschaffen. Die Qualitätsware scheidet sich scharf von minderwertigem Zeug; vor den Augen eines Publikums, das aus der modernen Reklame gelernt hat, findet unreelles Geschäftsgebaren keine Gnade. Die Reklame hat erzieherisch und aufklärend auf den Geschmad des Publikums gewirkt, neue Bedürfnisse geweckt und eine neue oder doch erweiterte Produktion hervorgerufen.

□ **Erhebung des Brückengeldes bei Benutzung der Brücken durch Kraftfahrzeuge.** Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: In einem Strafverfahren wegen Hinterziehung von Verkehrsabgaben ist vom Kammergericht durch Urteil vom 18. November 1924 entschieden worden, daß für die Benutzung von Brücken durch Kraftfahrzeuge Brückengeld nicht zu erheben sei, da diese Abgabe unter das Verbot im § 18 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 8. April 1922 falle. Diese Entscheidung ist, wie die Begründung erkennen läßt, lediglich für die Jahrhundertbrücke in Oppeln ergangen. Eine Ausdehnung der Entscheidung auf andere Brücken ist deshalb nicht ohne weiteres angängig, zumal die Rechtsverhältnisse der Brücken nicht überall gleichartig sind. Es ist beabsichtigt, die Angelegenheit alsbald klarzustellen. Wie verlautet, wird daher nach wie vor für die Benutzung der Brücken — abgesehen von der Jahrhundertbrücke in Oppeln — von Kraftfahrzeugen das tarifmäßige Brückengeld weiter erhoben werden.

— **Aufwertung der Sparguthaben.** Die Sparkassengläubiger werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Guthaben bei öffentlichen Sparkassen zwecks Aufwertung bis spätestens 31. März d. Js. bei der betreffenden Sparkasse anzumelden sind. Forderungen, die bis dahin nicht ausdrücklich zur Aufwertung angemeldet sind, werden bei der Aufwertung nicht berücksichtigt. Auf die Anmeldung kann nicht verzichtet werden, da sie gesetzlich vorgeschrieben ist. Bei mündlicher Anmeldung ist das Sparbuch vorzulegen, in dem die Anmeldung bescheinigt wird. Bei schriftlicher Anmeldung ist die Nummer des Sparbuches, sowie auf welchen Namen das Sparbuch ausgestellt ist, anzugeben. Auf Verlangen wird eine Anmeldebescheinigung erteilt.

Annaburg. Zu Gunsten des Denkmalfonds führte der hiesige Landwehrverein am Sonnabend und Sonntag anläßlich seines Wintervergnügens das Schauspiel „Der Leiermann und sein Pflegekind" von Charlotte Birch-Pfeiffer auf. Er weicht damit ab von der üblichen Gepflogenheit, in einem Kriegerverein nur Stücke militärischen Einschlags zu spielen. Und das ist gut so. Führt uns doch das Birch-Pfeiffersche Volksstück in kurzer aber eindringlicher Weise vor Augen, wie in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts -- und das trifft auch heute noch zu — der Spruch: „Bleibe im Lande und nähre dich redlich" sich bewahrheitet, oder um mit Attinghausen in Schillers „Tell" zu sprechen: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an . . . " Daß daneben noch eine zweite Tendenz, hilfreiche Nächstenliebe, das Stück durchzieht, macht es um so wertvoller für die Gegenwart, in der leider so oft viele nur an sich selbst denken. Aber nicht nur in der Auswahl des Stückes, sondern auch in Besetzung der Rollen hatte die Spielleitung einen guten Griff getan. Die Wiedergabe des „Riekchens" (Fräulein Hilde Kulisch), der Frau Steewens (Frl. Else

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250311-17/fragment/page=0002

Schurig), der Jette (Frl. Hilde Quehl), des Leiermanns (Herr Globig), des Wilms Petersohn (Herr Erich Schmidt), der Bäckergesellen Lude (Herr Hildebrandt jun.) und Xaver (Herr Walter Dubro) waren schauspielerische Höchstleistungen, die wohl von Dilettanten nicht überboten werden können. Nicht minder zeigten sich in ihren Rollen Fräulein Noack (Frau Balder und Frau Gertrud), Herr Naß (Stephan Balder), Herr Meinmeyer (Hans Böcklein), die Herren Otto Schurig, Putzika und Nowack in den Nebenrollen, vor allem aber Herr Wilh. Meißner als Nachtwächter, der Situation gewachsen. Eine stimmungsvolle Hafendekoration, von Herrn Fritz Häsler entworfen und gemalt, half den Erfolg des an beiden Abenden mit großem Beifall aufgenommenen Stückes noch erhöhen. In den Pausen bot die bewährte „Rohr'sche Kapelle" dem Stück angepaßte Zwischenmusik.

Am Sonnabend Abend überreichte der Vorsitzende, Herr W. Klausentzker, wegen ihrer Verdienste um das Kriegervereinswesen das Krieger-Ehrenkreuz II. Kl. den Herren Herm. Wäsch, Wilh. Meißner, Wilh. Hempe, Rich. Rost und Fritz Häsler. Der Besuch an beiden Abenden hat erneut den Beweis gebracht, daß Vorstand und Vergnügungsausschuß des Landwehrvereins zielbewußt Hand in Hand mit den Mitgliedern arbeiten. Nur so erklärt sich auch das starke Anwachsen des Vereins in den letzten Jahren, die rege Teilnahme seiner Angehörigen an Versammlungen und Veranstaltungen, was wiederum ein Zeichen dafür ist, daß der politischneutrale Landwehrverein Pflege der Kameradschaft und Vaterlandsliebe, Unterstützung hilfsbedürftiger Kameraden, Witwen und Waisen als sein höchstes Ziel ansieht. Sch—n.

Annaburg. (Stahlhelm und Wehrwolf). Am vergangenen Sonntag Nachmittag hatten sich mit Vertretern der benachbarten Ortsgruppen, die trotz des wenig schönen Wetters die Wege nicht gescheut hatten, Stahlhelm- und Wehrwolf-Ortsgruppen Annaburg im Goldenen Ring zur Fahnennagelung versammelt. Auch der Königin Luise-Bund und der Landwehrverein waren durch starke Abordnungen vertreten. Die Feier, der auch der Bezirksführer des Stahlhelms, Herr Kolditz-Jessen, beiwohnte, nahm einen dem Ernst der Zeit entsprechenden würdigen Verlauf. Mit der markigen, von hohem Vaterlandsgefühl getragenen Ansprache des Herrn Pfarrer Peter-Jessen, der sich die Ueberreichung von Fahnennägeln anschloß, erreicht sie ihren Höhepunkt. Mit dem gemeinsamen Liede: „O Deutschland hoch in Ehren" und einem kurzen Schlußwort des hiesigen Stahlhelmführers wurde die schöne, eindrucksvollen Feier beschlossen.

Annaburg. Betreffs des Eisenbahnarbeiterstreiks wird uns mitgeteilt, daß im Eisenbahn-Direktionsbezirk Halle sich nur die Güterboden-Arbeiter in Leipzig und Leipzig-Wahren im Ausstand befinden. Doch wird der Betrieb aufrecht erhalten.

Dommitzsch, 3. März. Amtsgerichtsrat Rößling, der 19 Jahre das hiesige Richteramt verwaltete, ist mit dem 1. März in gleicher Eigenschaft an das Amtsgericht Wittenberg versetzt worden. Zur provisorischen Auflösung des hiesigen Amtsgerichts — die wohl nun zur vollendeten Tatsache herangereift — ist Gerichtsassessor Brohmer aus Ilfeld a. H. bestellt worden. Letzterer hat die Verwaltung der Geschäfte bereits übernommen.

Torgau, 5. März. Wir lesen in der „Torg. Ztg.": Auguste heißt die Perle. Ihre Herrin, Fräulein B., ist eine sportbegeisterte Dame, so um die Dreißig. Auguste kocht vorzüglich. Die Rundung ihrer Figur ist das beste Zeugnis. Fleißig und ehrlich lautet im übrigen das Prädikat. — Das Fräulein muß verreisen. Auf acht Tage. Aber schon nach sechs Tagen, am Sonntag mittag, kehrt sie unvermutet zurück. Auguste ist nicht daheim. — Sonntagspaziergang? Das Fräulein wartet in Geduld. Aber was ist denn das? Aus ihrem Schrank fehlt ja das neue Sportkostüm. Und die Skier! Sollte Auguste? Kaum möglich Bei ihrer Fülle! — Und doch war's so: Sonntag nacht kam Auguste fröhlich aus dem Harz zurück, die Skier unter den Arm geklemmt, in des Fräuleins Sportkostüm. Die Stier heil, weil kein Schnee im Harz lag; aber das Sportkostüm etwas überdehnt, triefend vor Nässe. Es hatte doch so schrecklich geregnet . . . — „Nie wieder", schwur Auguste. Und da sie sonst eine recht brauchbare Kraft ist und das Fräulein das nötige Geld besitzt, ward ihr gnädiglst verziehen.

Staupitz, 4. März. Der Besitzer M. von hier erzielte eine eigenartige Kartoffelernte. Da im Herbst auf einem Teil seines Feldes die Knollen gar zu winzig geraten waren, wollte er bei sonst vorzüglichen Kartoffelerträgen seines Landes dieses Beet den Hirschen überlassen, denn die Einheimsung lohnte nicht die Mühe des Ausmachens. Als er jetzt das Beet umflügen wollte, nahm er zu seiner größten Verwunderung wahr, daß die kleinen Kartoffeln während des Winters zu ansehnlichen, faustgroßen Knollen herangewachsen waren, die der Frost vollständig verschont hatte. So gelangte er zu einem ganz unverhofften lohnenden Ertrage.

Lübbenau. Ein Bubenstreich ist Sonnabend nachts auf dem hiesigen Bahnhof verübt worden. Die Rangiermaschinte, die in der Nähe des Schützenhauses hielt und von ihrer Besatzung auf kurze Zeit verlassen worden war, wurde zweifellos von sachkundiger Hand, in Bewegung gesetzt und lief nun zum Glück auf das Anschlußgleiß Junker bis zum Prellbock, wo sie infolge des starken Anpralls aus dem Gleise sprang. Welches Unheil entstanden wäre, wenn die Lokomotive zufällig auf das Gleis nach Lübben geleitet worden wäre, läßt sich garnicht ausdenken. Hoffentlich gelingt es, den Missetäter ausfindig zu machen.

Cottbus. In der Nacht zum 25. Februar gegen 5 Uhr früh wurde auf der Dresdener Straße ein von einer Schutzpolizeistreife verfolgter Einbrecher auf der Flucht erschossen. Die Leiche wurde als die des wegen Raubes und wegen schwerer Diebstähle mit Zuchthaus vorbestraften Paul Bruck, 45 Jahre alt, ohne festen Wohnsitz, der aus dem Gerichtsgefängnis in Sorau vor einigen Tagen entwichen ist, ermittelt.

Kreisturnfest des Kreises 3c in Bernburg.

Die schöne Saalestadt Bernburg ist in diesem Jahre der Ort, an dem sich die Turner des Kreises 3c (d. h. Freistaat Anhalt und Provinz Sachsen) vom 3.—6. Juli zum Kreisturnfest zusammen finden. Kreisturnfeste zählen zu den Höhepunkten in der Deutschen Turnerschaft und es ist daher diesem Feste schon von vornherein eine größere Bedeutung beizumessen. Auch sind die Vorbereitungen in den der Deutschen Turnerschaft angeschlossenen Vereinen als auch von den Bürgern Bernburgs derart, daß man schon jetzt das Turnfest als „Klein München" bezeichnen kann. Da mit einer Besucherzahl von ca. 15 000 Personen gerechnet werden muß, haben sich in 10 Ausschüssen etwa 120 Personen für die Vorarbeiten zur Verfügung gestellt, um die gewaltigen Vorbereitungen, Unterkunft, Verflegung usw. betreffend, zu bewältigen. Den Vorsitz im Hauptausschuß führt „Erster Staatsanwalt" Biermann-Bernburg. Der Magistrat der Stadt Bernburg hat in großzügiger Weise für die turnerischen Wettkämpfe, die sportlichen Veranstaltungen und den Festplatz eine Fläche von ca. 25 Morgen zur Verfügung gestellt, groß genug, um einer derartigen Menschenmenge auch auf dem Festplatz alle Bequemlichkeiten hinsichtlich Verflegung, Unterkunft und Vergnügen zu bieten.

Spritschiebungen im Saargebiet.

Das Reich um Millionen Goldmark geschädigt.

Saarbrücken, 9. März.

Die Saarbrücker Landeszeitung berichtet, daß der elsäßische Spirituosenhändler Alphonse Schick es verstanden habe, die ganzen vom Reich dem Saargebiet zugestandenen Einfuhrkontingente von jährlich 12 000 Hektoliter reinen Alkoholweindestillats an sich zu bringen, und daß er aus Weinschlempe und Sprit ein minderwertiges Erzeugnis herstellte und mit Ursprungszeugnissen der Saarbrückener Deutschen Handelskammer, auf Grund deren er vom Reichsernährungsministerium die Genehmigung erhielt, in das Gebiet der deutschen Monopolverwaltung zollfrei einführte. Durch diese Zollhinterziehung sei das Reich um Millionen Goldmark geschädigt worden. Schick soll es ferner verstanden haben, sich für etwa 800 000 Liter reinen Alkohols der Nachbesteuerung zu entziehen, wodurch dem Saargebiet etwa 5½ Millionen Frank Schaden entstanden seien. Außer Schick wird besonders schwer belastet der bisherige Syndikus der Deutschen Handelskammer Dr. Schlenker, der als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Schickschen Spirituskonzerns in den Ursprungszeugnissen die Schickschen Fälschungen als reines Weindestillat beglaubigte, ferner der Regierungsrat Dr. Hohlfeld von der Finanzabteilung, der Schick die zu seinem Betriebe nötigen Genehmigungen erteilte und die Nachbesteuerung erließ, und schließlich Geheimrat Brill, der für das Ressort der Regierungskommission, in dem sich die Dinge zugetragen haben, verantwortlich ist.

Das Blatt erklärt zum Schluß, daß auch der Präsident der Regierungskommission Rault wenigstens von einem Teil der Schickschen Schiebungen Kenntnis gehabt habe, und daß es bereit sei, für alle diese Beschuldigungen vor Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Zusammenbruch eines Schwindelkonzerns

800 000 Mark Passiva.

Berlin, 9. März.

Nach einem schweren Zusammenbruch ist der 35 Jahre alte sächsische Kommerzienrat Hans Gutkowski mit unbekanntem Ziel heimlich aus Berlin abgereist. Gutkowski, seit 1919 Kommerzienrat, war Hauptinhaber der Gustav Rohleder u. Co., A.-G., der Gustav Rohleder u. Co., offene Handelsgesellschaft und der Firma Wendt und Co., ferner zweier Tochtergesellschaften, der „Walco", Ges. mit beschr. Haftung und der Wallewyk. Diese Firmen handelten mit Waren aller Art, Trikotagen und Wollwaren, Emaille- und Aluminiumsachen usw., kauften meistens gegen Schecks ein und erhielten auch größere Kredite. Die so erworbenen Waren veräußerten sie zum größten Teil nach England weiter. Die Firmen gaben sich gegenseitig gute Referenzen, brachen aber eine nach der anderen zusammen. Schließlich blieb nur noch „Wendt u. Co." übrig. Die vielen Gläubiger, die Gutkowski nicht befriedigen konnte, vertröstete er zuletzt mit der Aussicht auf ein großes Geschäft in Konstantinopel. Er fuhr deshalb selbst nach Konstantinopel, kehrte nach drei Wochen zurück und berichtete nun, daß die ganze Ladung von Funkapparaten, aus deren Erlös er seine Gläubiger befriedigen wollte, verlorengegangen sei. Die Kriminalpolizei, die jetzt mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt wurde, konnte bisher nur feststellen, daß Kommerzienrat Gutkowski seit Dienstag voriger Woche nicht mehr in seiner Wohnung gewesen ist. Auch in seinen Geschäftsräumen weiß man nicht Bescheid. Die Forderungen an ihn belaufen sich nach den bisherigen Ermittlungen auf etwa 800 000 Mark.

Amtlicher Teil.

Schutz trigonometrischer Marksteine.

Wie in früheren Jahren werden die Besitzer von Grundstücken, in denen trigonometrische Punkte liegen, darauf aufmerksam gemacht, daß die Marksteine und die Marksteinschutzflächen, d. i. die kreisförmige Bodenfläche von 2 Quadratmetern um den Marksteln selbst, dem Fiskus gehören und die letzteren von der Bewirtschaftung ausgeschlossen sind. Diese Schutzflächen dürfen nicht vom Pfluge berührt und nicht geeggt werden, denn durch die geringste Verschiebung des Marksteines ist der trigonometrische Punkt zerstört und kann nur unter Aufwendung von erheblichen Kosten wieder hergestellt werden.

Zuwiderhandlungen werden nach § 370, Ziff. 1 des Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bestraft. Die Zerstörung von trigonometrischen Punkten der preußischen Landestriangulation fällt unter § 303 des Reichsstrafgesetzbuches und wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Beschädigungen von Marksteinen von Kindern verübt worden sind; ich ersuche daher die Herren Schulleiter bezw. Lehrer, die Kinder entsprechend zu belehren und auf die Bedeutung der Steine hinweisen zu wollen.

Die Gemeinde- und Gutsvorstände sowie die Landjäger ersuche ich, die Besitzer von den Grundstücken auf denen Marksteine stehen, auf deren Bedeutung aufmerksam zu machen, die Marksteine ihres Bezirks alljährlich mindestens je einmal im Frühjahr und im Herbst zu besichtigen und etwaige Beschädigungen oder Zuwiderhandlungen sofort hierher anzuzeigen.

Torgau, den 3. März 1925.

Der Landrat.
J. V.: Duvigneau, Regierungsrat.

Veröffentlicht. Annaburg, den 9. März 1925.

Der Amtsvorsteher.

Beachtung der Haltesignale bei Straßenübergängen.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Wagenführer beim Ertönen des Läutewerks der Eisenbahnzugschranken die Zugtiere zu größerer Eile angetrieben haben, um noch vor dem Schließen der Schranken über den Bahnübergang zu gelangen. Hierdurch wird der Schrankenwärter unter Umständen gezwungen, mit dem Schließen der Schranken einzuhalten, um nicht die Geschirre einzuschließen.

Den Kreiseingesessenen, namentlich den Wagenführern, wird hiermit die größte Vorsicht beim Kreuzen von Bahnübergängen und genaue Beachtung der Anschriften der Warnungstafeln zur Pflicht gemacht.

Bei geschlossener Schranke oder beim Ertönen des Läutewerks der Schranke oder des herannahenden Zuges dürfen Fuhrwerke oder Tiere nur bis an die Warnungstafel, aber nicht näher an die Bahn vorrücken.

Unachtsames Kreuzen der Eisenbahn kann eine Bestrafung auf Grund des § 316 des Strafgesetzbuches zur Folge haben.

Die gleichen Bestimmungen treffen auch auf die unbewachten Uebergänge der Strecke Torgau—Dommitzsch, Torgau—Belgern, Prettin—Annaburg und Mockrehna—Schildau zu.

Torgau, den 3. März 1925.

Der Landrat.
J. V.: Duvigneau, Regierungsrat.

Veröffentlicht. Annaburg, den 9. März 1925.

Der Amtsvorsteher.

Bekanntmachung.

Betr. Errichtung einer Zwangsinnung für das Elektroinstallateurhandwerk für die Kreise Liebenwerda, Torgau, Schweinitz und Wittenberg mit dem Sitz in Falkenberg (Bez. Halle).

Hierdurch mache ich bekannt, daß die Aeußerungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangsinnung für das Elektroinstallateurhandwerk im Bezirk der Kreise Liebenwerda, Torgau, Schweinitz und Wittenberg mit dem Sitze in Falkenberg schriftlich bis zum 14. März oder mündlich in der Zeit vom Montag, den 9. März bis zum Sonnabend, den 14. März 1925 bei dem Landratsamt in Torgau abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Aeußerung kann während des angegebenen Zeitraumes werktäglich von 9 bis 12 Uhr vormittags in den Diensträumen des Landratsamtes erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Bezirk des Kreises Liebenwerda, Torgau, Schweinitz, Wittenberg das Elektroinstallateurhandwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Aeußerung mit dem Bemerken auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht, gültig sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Aeußerungen unberücksichtigt bleiben.

Die Abgabe einer Aeußerung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung gestellt haben.

Bad Liebenwerda, den 2. März 1925.

Der vom Herrn Regierungspräsidenten bestellte Kommissar.
J. V.: Dr. Brügmann.
Regierungs-Assessor.

Veröffentlicht. Annaburg, den 10. März 1925.

Der Gemeinde-Vorstand.

Besseres
Mädchen,
erfahren in Küche und Haus gegen hohen Lohn zum **15. März** gesucht.
Oberingenieur
F. A. Frenzel, Piesteritz
bei Wittenberg (Lutherstadt)

Suche für Ostern einen
Lehrling.
Kost und Logis im Hause.
Karl Richter,
Schmiedemeister,
Jessen (Bez. Halle).

Ehrliches, fleißiges
Mädchen
nicht **unter 18 Jahren** sucht
Frau **E. Retzke,**
Jessen (Berge).

Einen **zuverlässigen**
Geschirrführer,
möglichst unverheiratet, stellt **sofort** ein
Wilh. Kunze.

Tüchtige
Tischler
selbstständig arbeitend, für dauernde Beschäftigung.
Rich. Hasse, Tischlermeister
Jessen (Bez. Halle).

Einen Wurf
stramme Ferkel,
eine Stiftendreschmaschine mit Schüttelzeug und Riemen und einen **2 P. S. Motor** (Kupfer) zu verkaufen.
Hohndorf Nr. 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250311-17/fragment/page=0003

Große Auswahl!

Lindener Kleidersamt
Hemden, Beinkleider, Korsetts.

Zur Konfirmation!
Fertige Kleider in Seidentrikot und Wolle
Carl Quehl, Annaburg.

Billige Preise!

Reinwoll Kleiderstoffe
Prinzeßunterröcke
Trikotröcke, Strümpfe.

Dixin
Henkel's Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

Evangelischer Bund
Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im kirchlichen Gemeindesaal
Vereins-Abend.
1. Vorstandswahl. 2. Mitteilungen über den Stand der Bundessache. 3. Beschlußfassung über Beiträge.

Palast-Theater.
Nur Donnerstag 8 Uhr.
Der gute Film
Der Gaukler v. Paris.
Wunderbar in seiner Aufmachung in 6 Akten mit **Carl de Vogt u. a. m.**

Gerhard als Notstandsarbeiter.
Groteske zum totlachen mit **Gerhard und Hansi.**
Die Direktion.

Oberförsterei Thiergarten.
In dem ehemaligen **Schlobach'schen Gehöft** zu **Zschernick** sollen sofort **2 Holzhauer mit Familie angesiedelt werden.** Die Stellen werden mit 6 Morgen Land und genügender Wiese ausgestattet. Nähere Bedingungen sind durch die Oberförsterei Thiergarten zu erfahren.

Bewerbungen sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, eines polizeilichen Unbescholtenheitszeugnisses, der Militärpapiere und sonstiger Zeugnisse bis zum **15. März d. Js.** an die **Oberförsterei Thiergarten in Annaburg** einzureichen.

Saatkartoffel-Verkauf.
Anerkannt von der Landwirtschaftskammer Halle
Kameckes Pirola 1. Absaat
Prof. Gerlach's 1. „
Kartz v. Kamecke Original.
Bestellungen nimmt entgegen.
Gustav Krüger, Raundorf.

Saathafer
Leutewitzer Gelbhafer
Svalöfs Goldregen } **1. Absaat**
„ Siegeshafer
ist eingetroffen und offeriert
Wilhelm Otte.

Saatkartoffeln
v. Kameke's Pirola (weisse)
„ Centifolia (rote)
in anerkannter, zuverlässiger Ware, sind eingetroffen und offeriert billigst
Wilhelm Otte.

Nutzholz
jeder Länge und Stärke wird zum
Schneiden zu Brettern, Latten, Bauholz usw.
übernommen.
Mühlengut Annaburg
Klausenitzer.

Maurer- u. Zimmerarbeiten
sämtl. Bautischler-Arbeiten,
größte Leistungsfähigkeit!
Zeichnungen und Kostenanschläge
kostenlos!
Durch direkten Großeinkauf aller Baustoffe, Verarbeitung im eigenen Betriebe und gestützt auf ein **großes Holz- und Baumaterialienlager** kann ich besondere Vorteile bieten!
Wilh. Kunze.
Fernsprecher Nr. 6.

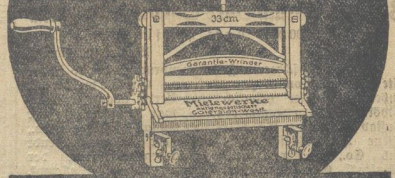
Auf Teilzahlung!
Nähmaschinen, Zentrifugen, **Fahrräder,** Kinderwagen, Wäschemangeln.
Ferner empfehle meine **Reparatur-Werkstatt** sowie **Emaillier-Anstalt** zur gefl. Benutzung.
Fritz Rödler, Annaburg.
Fernruf Nr. 53.

Rechnungsformulare
in allen Größen vorrätig. **Herm. Steinbeiß.**

Zur Konfirmation
empfehle:
Kleiderstoffe aller Art,
Konfirmanden-Anzüge,
Prinzeßröcke, Wäsche aller Art,
Taschentücher, Handschuhe, Haarschleifen.

Zur Frühjahrs-Saison
Damen-Mäntel und Kostüme, Trikotseidene Kleider, Kasaks,
Herren-Gummimäntel von Mk. 17.— an
neu eingetroffen.
E. Peschke, Ackerstr./Ecke Friedhofstr.

Original Miele
Wringmaschine
5 Jahre Garantie für Familien-Gebrauch



Mielewerke
Aktiengesellschaft
Grösste Spezialfabrik Deutschlands
Gütersloh i. Westf.
Zweigfabrik Bielefeld

Für die Herren Gastwirte
empfehle die polizeilich vorgeschriebenen
Aushänge
mit der Aufschrift:
„Personen unter 16 Jahren ist der Zutritt bei öffentlichen Tanzlustbarkeiten verboten",
desgleichen:
„Personen unter 16 Jahren wird Alkohol nicht verabfolgt."
Buchdruckerei H. Steinbeiß.

Werkzeuge aller Art:
Schrot-, Bügel- und Handsägen, Hobeleisen, Stemmeisen, Feilen, Bohrer, Sensen, Sicheln, Beile, Aexte, Maurerhammer und -Kellen,
Haushaltungs-Geräte:
Tischmesser u. Gabeln, Fleisch- u. Reibmaschinen. Wagen und Gewichte, eiserne Oefen und Rohre.
Pferdescheermaschinen.
Wilhelm Grahl.

Polizeiliche An- und Abmeldescheine
sind vorrätig in der **Buchdruckerei H. Steinbeiß.**

Der **Geflügelzuchtver. Lichtenburg** verkauft
Bruteier
von folgenden Rassen:
Sussex rot, Crölllwitzer gelb, Plymouth Rocks, Wyandottes weiß, Lachshuhn, Minorka schwarz, Andalusier blau, Italiener rebhf. Silberbrakel, Deutsche Zwerge, Gold., Autm. Bartzwerge, Zwerg Cochins schwarz.
Mindestpreis pro Stück 50 Pf.
Bestellung an
E. Wolf, Lichtenburg.

Fahrradhandlung
und
Reparatur-Werkstatt
Annaburg Torgauerstr. 31
Georg Preim.

Zeichenblocks
wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

Zahn-Atelier
Georg Consentius
staatl. geprüfter Dentist
Annaburg, Torgauerstr. 31
— Telefon Nr. 23 —
empfiehlt sich zur **Behandlung aller Zahnkrankheiten, Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Betäubung, jede Art künstl. Zahnersatzes**
Behandlung für Krankenkassen.
Sprechstunden täglich 9–3 Uhr.

Provisionsreisende gesucht!
Neuer hervorragender Schlager, 20 % Verdienst, für Landwirte, Fuhrwerks- und Sägewerksbesitzer.
Kurt Löbcke, Düben/Mulde.

Färberei, Chem. Waschanstalt
Annahme bei Herrn Friseur Reich.

Kleiderstoffe
in Wolle und Halbwolle,
woll. u. Baumwoll-Mousseline,
Damen- und Konfirmanden-Stickerei-Röcke,
Korsets, Hemden, Beinkleider, Handschuhe, Hosenträger, Chemisetts :: Kragen,
Einsatz-Hemden, Makko-Hemden, Unterhosen, Strümpfe, Untertaillen, Schürzen.
Bettzeuge, Inletts,
Tischtücher, Tischdecken, Handtücher :: Taschentücher.
Arbeiterhosen.
Jacken- und Strickwolle
zu den billigsten Preisen.
Geb. Schimmeyer,
Annaburg.

M.-G.-V.
Mittwoch abend 8 Uhr
Gesangstunde
Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Reichsbund
der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen.
Ortsgruppe Annaburg.
Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr
Monatsversammlung
in **„Stadt Berlin".**
Um vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder bittet
Der Vorstand.

M.-T.-V.
Mittwoch abend 8½ Uhr
Turnstunde.
Erscheinen sämtl. Turnwarte, Turner und Jugendturner ist **Pflicht.**
Der Vorstand.

Husten, Atemnot,
Verschleimung.
Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von von ihren schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.
Walther Althaus, Heiligenstadt (Eichsfeld) H. V. 20.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250311-17/fragment/page=0004

Deutsche Sicherheitsvorschläge.

Wie üblich — von deutscher Seite hüllt man sich über das Projekt eines Sicherungspaktes, das die deutsche Regierung in London vorgelegt hat, in vollkommenes Schweigen oder dementiert Mitteilungen, die darüber durchsickern. In London und Paris ist man aber weniger zurückhaltend und so können wir jetzt einigermaßen den Gang verfolgen, den die Behandlung dieser Frage genommen hat. Zunächst hat die deutsche Regierung in London von ihrer Absicht Kenntnis gegeben, Frankreich, England, Belgien und Italien einen Garantiepakt mit Deutschland vorzuschlagen; der Staatssekretär des Auswärtigen, Chamberlain, unterrichtete seinen französischen Kollegen von dieser deutschen Absicht, wobei er Herrn Herriot in der ganzen Angelegenheit die Vorhand ließ, weil Frankreich dabei am meisten interessiert sei.

Dann kam am 9. Februar ein Besuch des deutschen Botschafters in Paris bei Herriot, bei dem der Botschafter Hoesch nun die Grundzüge des deutschen Vorschlags entwickelte; gleichzeitig geschah dasselbe in London, Rom und Brüssel. Zunächst sollen sich dem deutschen Projekt zufolge jene Signatarmächte und Deutschland gegenseitig den Frieden garantieren, indem sie sich verpflichten, die Rheingrenze zu respektieren.

Das wäre ein Vorschlag, wie ihn im November 1922 der damalige Reichskanzler Dr. Cuno gemacht hatte. Frankreich hat ihn damals abgelehnt; denn es stand auf dem Sprunge, in das Ruhrgebiet einzubrechen. Frankreich würde ihn auch jetzt wieder wohl ohne weiteres ablehnen, wenn nicht eine weitere Erklärung hinzukommt, die den Forderungen Frankreichs in Osteuropa entspricht: Garantiepakt auch an der deutschen Ostgrenze, also mit Polen und der Tschechoslowakei. Der deutsche Vorschlag geht nämlich dahin, daß Deutschland obligatorische Schiedsgerichtsverträge besonders mit diesen beiden Ländern abschließt, worin die gegenseitigen Grenzen zu respektieren zur Verpflichtung gemacht werden soll. Von diesen Anregungen Deutschlands hat Frankreich seinen beiden Verbündeten an unserer Ostgrenze Kenntnis gegeben.

Die deutsche Regierung bestreitet nun soeben in einer halbamtlichen Erklärung, daß wir uns der englischen Vermittlung bedient hätten, gibt aber zu, daß sie sich seit längerer Zeit an den im Gange befindlichen internationalen Erörterungen aktiv beteiligt habe. Sie habe auch sofort alle beteiligten Regierungen gleichzeitig von ihrem Standpunkt unterrichtet. Mehr nicht. Es sei weder von endgültig formulierten Vorschlägen, noch auch nur von einem Antrag auf förmliche Verhandlungen die Rede. Zu einer Diskussion über bestimmte Projekte eines Sicherheitspaktes ist es, soweit Deutschland dafür in Betracht kommt, überhaupt noch nicht gediehen; und wann das geschehen werde, wisse man wirklich nicht.

Bei dem ganzen Problem taucht nun neben der auf eine ziemlich lange Bank geschobenen deutschen Militärkontrolle auch noch etwas Drittes auf, was die Lösung des Problems noch viel mehr erschwert: das ist die Stellung des Völkerbundes zu einem derartig internationalen Vertrag, wie ihn der vorgeschlagene Garantiepakt darstellen soll. Als internationaler Vertrag müßte er in Genf registriert werden, käme damit unter die Garantie des Völkerbundes mit allen sich daraus ergebenden Folgen — wenn Deutschland im Völkerbund wäre. Demgemäß wird gerade in Paris, wo Herriot immer noch ein starkes theoretisches Interesse für den Völkerbund an den Tag legt, immer deutlicher hingewiesen auf diese Komplizierung des Problems. Das kann Taktik sein, Taktik in dem Sinne, daß man Deutschland sozusagen hintenherum nötigen will, dem Völkerbunde beizutreten und dabei die Vorbehalte fallen zu lassen, die in der Januar-Note an den Völkerbundrat von uns gemacht worden waren. Man geht sogar noch weiter und schlägt in Paris vor, zunächst einmal zwischen den Alliierten allein ein Abkommen zu treffen, das auf einen Garantiepakt jener vier Mächte gegen einen deutschen Angriff im Osten oder Westen hinausläuft. Hinausläuft auch auf jene Projekte, die Clemenceau bei den Verhandlungen über den Versailler Vertrag zu verwirklichen suchte und das den eigentlichen Kernpunkt der ganzen französischen diplomatischen Aktion des Augenblicks darstellt. Auf ein Abkommen mit Deutschland legt man gar kein Gewicht, die Besprechungen und Projekte nach dieser Richtung hin sind nur ein Mittel, um jenen Kernpunkt zu verwirklichen: das interalliierte Garantieabkommen ohne Deutschland oder vielmehr gegen Deutschland. Deswegen häuft man die Schwierigkeiten gegen den deutschen Vorschlag, schafft neue, wenn die alten nicht durchschlagend genug erscheinen; betont, es sei sehr zweifelhaft, daß eine Lösung demnächst gefunden werde und daß ein derartiges Vorgehen das tiefgründige Studium aller daran interessierten Mächte verdiene.

Im französischen Auswärtigen Amt begnügt man sich daher mit außerordentlich platonischen Erklärungen über den ehrlichen Willen Frankreichs, alle Vorschläge entgegenzunehmen, die den europäischen Frieden zu garantieren geeignet seien. Derartige Phrasen kosten ja nichts. Aber wenn in den nächsten Tagen der englische Staatssekretär des Auswärtigen Austen Chamberlein nach Paris geht, wird ihm Herriot zweifellos mit den Plänen jenes alten Abkommens von 1919 vor die Augen treten.

Preußischer Landtag.

(18. Sitzung.) tt. Berlin, 5. März.

Zum Beginn der heutigen Sitzung gedachte Präsident Bartels mit Worten der Trauer und Teilnahme des Explosionsunglücks bei Wittenberg. Der Landtag, so betonte der Präsident, bekundet seinen Schmerz und seine Teilnahme für die Opfer der Arbeit. Das Haus hört die Worte des Präsidenten stehend an. Hierauf machte der Präsident Mitteilung von dem Ableben des Abg. Krug-Rheinland (Ztr.).

Außerhalb der Tagesordnung protestiert der Abg. Pieck (Komm.) gegen die Totenfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. Der Redner knüpft herabsetzende Bemerkungen über Ebert an seinen Protest. Im Hause entsteht starke Erregung; die Sozialdemokraten, die Demokraten und der größte Teil des Zentrums verlassen unter Pfuirufen den Saal. Der Antrag der Kommunisten, sofort in eine Beratung dieses kommunistischen Antrages, der die Geschäftsführung des Landtagspräsidenten kritisiert, einzutreten, wird trotze Widerspruchs abgelehnt.

Anträge der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten über die Auflösung der Seminare und andere Erziehungsfragen wurden dem Unterrichtsausschuß überwiesen. Vorlagen auf Aufwertung der Diensteinkommen der evangelischen und der katholischen Geistlichen wurden dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen.

Die Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Brandenburg (Soz.) wegen Beleidigung wird versagt, die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Richter-Lichtenberg (Soz.) als Zeugen in einer Strafsache wegen Beleidigung des Reichspräsidenten wird erteilt. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses für

Wohnungs- und Heimstättenwesen

ist vom Geschäftsordnungsausschuß zur Annahme empfohlen worden. Den Ausschußbericht erstattet Abg. Leinert (Soz.). Der bestehende ständige Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen soll künftig als Ausschuß für „landwirtschaftliches Siedlungswesen" bezeichnet werden. Das Haus beschließt nach den Ausschußanträgen. Es folgt die gemeinsame Beratung der etwa 25 Großen Anfragen und Anträge aller Parteien aus Anlaß des

Dortmunder Grubenunglücks.

Dr. Ostertroth (Soz.) ruft dem Landtage zu, endlich den zahllosen früheren Versprechungen, daß alles Menschenmögliche getan werden müsse, um die Wiederkehr solcher Unglücksfälle zu verhindern, die Tat folgen zu lassen. Die schauerliche Tragödie von Dortmund habe nicht nur die 136 Opfer, sondern ebenso schlimm und noch schlimmer die überlebenden Angehörigen betroffen. Im Bergbau seien in den letzten 30 Jahren 167 000 Unfälle, darunter 13 000 mit tödlichem Ausgange vorgekommen. Die Bergherren hätten eine schwere Schuld auf sich geladen.

Abg. Effert (Ztr.) erklärt, nach den statistischen Angaben sei ein fortgesetztes Steigen der Unfälle zu verzeichnen. Die bisherigen Sicherheitsmaßnahmen hätten also nicht gewirkt. Auch die Regelung der Lohnfrage könne für die Sicherheit eine wichtige Rolle spielen. Der Ausschuß werde sich ausführlich mit allen diesen Dingen beschäftigen müssen.

Abg. Sobottka (Komm.) verurteilt, daß im Landtage das Dortmunder Grubenunglück erst nach so langer Zeit zur Besprechung gelange. Der Redner wirft den Bergverwaltungen vor, daß sie durch das seit Jahren zunehmende Antreiben der Arbeiterschaft die Schuld an derartigen Katastrophen hätten.

Der demokratische Abg. Riedel begründet dann die große Anfrage seiner Fraktion, in der gefragt wird, welche Maßnahmen zur Linderung der Not der Hinterbliebenen und zur Vorbeugung ähnlicher Katastrophen getroffen worden sind.

Handelsminister Dr. Schreiber

gibt Auskunft über die Hilfsmaßnahmen für die Hinterbliebenen der Opfer und teilt dabei mit, daß der Verteilungsausschuß zur Verteilung der von privater Seite gesammelten Gelder auch einen größeren Fonds abzweigen will für die Hinterbliebenen derjenigen Bergleute, die in der Tagesarbeit unbemerkt von der Öffentlichkeit zugrunde gehen. Der Minister spricht im Namen der Regierung den Spendern seinen Dank aus, vor allem aber auch den Rettungsmannschaften für den von ihnen bewiesenen Heldenmut. Der Minister erklärt weiter, daß die Ermittlungen über die Ursache der Katastrophe noch nicht abgeschlossen seien. Es habe sich aber schon jetzt die Notwendigkeit erwiesen, die Tiefarbeit in den gefährdeten Zechen stark einzuschränken, in manchen Zechen sogar ganz zu verbieten. Entsprechende Verordnungen seien bereits erlassen. Zur Verhinderung von Kohlenstauberplosionen soll das Gesteinstaubverfahren allgemein eingeführt werden. Weitere Verordnungen erstrecken sich auf die Vermehrung und bessere Auswahl der Sicherheitsmänner.

Der Landtag vertagt darauf die weitere Beratung auf Freitag.

Nah und Fern.

○ **Erweiterung des Luftverkehrsprogramms.** Im Anschluß an das Luftverkehrsprogramm für 1925 teilt die Sächsische Luftverkehrs-A.-G. mit, daß der Flugverkehr auch auf der Strecke Berlin—Dresden im Anschluß an die Linie Oslo—Berlin eröffnet wird. Soweit die politischen Verhältnisse es zulassen, wird diese Linie über Dresden nach Wien weitergeführt werden. Augenblicklich schweben Verhandlungen über die Einrichtung der Linie Gleiwitz—Breslau—Dresden—Leipzig—Erfurt—Frankfurt bezw. Ruhrgebiet.

○ **Stapellauf eines 10 000-Tonnen-Motorschiffes.** Auf der Vulkanwerft in Hamburg lief das 10 000-Tonnen-Motorschiff „Duisburg" der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft vom Stapel. Das Schiff hat den neuartigen hydromechanischen Antrieb, das sogenannte Vulkangetriebe, erhalten, das bei einem so großen Schiff zum erstenmal angewendet wird.

○ **Ausnutzung der Wasserkräfte des Vogelsberges.** Auch die Wasserkräfte des Vogelsberges sollen nunmehr der Krafterzeugung dienstbar gemacht werden. Es ist der Bau von drei großen Stauwerken mit einer Höchstleistung von 3000 Pferdekräften geplant. Das größte Werk erhält ein 1½ Million Kubikmeter fassendes Sammelbecken und wird bei Riseseld errichtet. Mit den Arbeiten wird in Kürze begonnen.

○ **Falsche Rentenmarkscheine.** In Württemberg und Baden sind seit einiger Zeit falsche Rentenmarkscheine zu 50 Mark in den Verkehr gebracht, die von den echten erheblich abweichen und deshalb bei einiger Aufmerksamkeit leicht erkennbar sind. Auf die Ermittelung der Falschmünzer hat die Deutsche Rentenbank eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

⊙ **Ein neuer Diebestrick.** Der 24jährige arbeitslose Mechaniker Friedrich Reiter aus Graz verfiel, um sich Geld zu verschaffen, auf einen eigenartigen Trick. Er wußte, daß an einem bestimmten Monatstage Lohngelder mit der Drahtseilbahn von Ratten nach Langenwang befördert werden. Er erkletterte einen Mast der Drahtseilbahn, stieg in einen Hund und warf die Geldkiste hinunter. Dann raubte er den Inhalt von einunddreißig Millionen Kronen. Der Gendarmerie gelang es, den Täter in einem Gasthause am Alpl bei Krieglach zu verhaften. Man fand bei ihm das Geld noch vor.

⊙ **Verheerendes Unwetter an der französischen Küste.** Aus allen Gegenden Frankreichs treffen Meldungen über Verheerungen durch das Sturmwetter der letzten Tage ein. An der Küste des Mittelländischen Meeres sind durch die Sturmfluten Hunderte von Fischer-

---

Die Testamentsklausel

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

13] (Nachdruck verboten.)

„Ich fürchte, das Bein ist gebrochen, Herr Rechtsanwalt. Bitte, helfen Sie mit dem Kutscher, den Herrn in unser Haus zu tragen. Ich habe bei den Samaritern einen Kursus genommen und will versuchen, die erste Hilfe zu bringen, ehe das Bein anschwillt. Nach dem Schloß kann er jetzt nicht transportiert werden."

Während Beckmann vor Schreck noch immer fassungslos den Kutscher herbeiholte, beugte sich Eva Marie zu Leyden hernieder.

„Haben Sie Schmerzen, mein Herr?" fragte sie sanft und voll Güte.

Er wollte sich lächelnd aufrichten, fiel aber sofort zurück und biß die Zähne zusammen.

„Mein Bein — was ist mit meinem Bein?"

„Sie haben sich bei dem Sturz aus dem Wagen verletzt. Fühlen Sie sonst noch Schmerzen?"

„Nein — nur im linken Bein, mir scheint, es ist gebrochen."

Beckmann und der Kutscher wollten ihn aufheben. Eva Marie hielt sie zurück.

„Bitte, warten Sie," sagte sie hastig und eilte ins Haus. Wenige Minuten später kam sie wieder heraus mit einem schmalen Brett und einer Tasche mit Verbandutensilien.

„Es ist besser, ich stütze das Bein, ehe wir ihn hineintragen," sagte sie zu Beckmann, und mit einem sieben, wahrhaften Samariterlächeln fuhr sie zu Armin gewendet fort: „Ich muß Ihnen gleich hier auf der Landstraße einen Verband anlegen, sonst verschiebt sich beim Transport der Bruch und Sie leiden doppelte Schmerzen."

Armin antwortete nur mit einem schwachen Lächeln, welches andeutete, daß er mit allem einverstanden wäre.

Ohne Prüderie, nur vom Drange zu helfen beseelt, schnitt Eva Marie mit einer scharfen Schere das Beinkleid des Verletzten auf, ebenso den Stiefel. Beckmann half ihr dabei, er war nun leidlich ruhig geworden. Ohne einige Schmerzen ging es für Armin nicht ab, so zart und behutsam das junge Mädchen auch hantierte. Als sie sich überzeugt hatte, daß das Bein wirklich gebrochen war, bat sie ihre Stiefmutter, den Diwan im Wohnzimmer mit Kissen und Decken zu versehen. Frau Delius lief jammernd ins Haus.

Zu dem Kutscher sagte Eva Marie ruhig und bestimmt:

„Halten Sie sich bereit, auf dem einen Pferde sofort zur Stadt zu reiten. Sie müssen den Arzt herbeischaffen, sobald wir den Verwundeten ins Haus gebracht haben."

Nun legte sie vorsichtig das gebrochene Bein auf das herbeigeholte Brett, suchte es gleich in die richtige Lage zu bringen und befestigte es mit Verbandstreifen. Das alles ging schnell von statten. Eva Mariens Besonnenheit und Ruhe wirkte auch ansteckend auf die andern. Nachdem das gebrochene Bein Stütze und Bandage erhalten hatte, wurde Leyden vorsichtig ins Haus getragen und auf den Diwan gelegt. Er war etwas bleich, aber bei vollem Bewußtsein.

Eva Marie legte ihm kühle Kompressen auf das Bein und reichte ihm einige Tropfen stark duftender Essenz in einem Glas Wasser.

„Bitte, trinken Sie," bat sie freundlich.

Er nahm ihr das Glas ab und sah sie dankbar an.

„Sie sind so gütig, mein gnädiges Fräulein. Ich danke Ihnen herzlich."

„Es gibt nichts zu danken, Herr von Leyden."

„Darf ich den Namen meiner gütigen Helferin erfahren? Ich weiß gar nicht, wo ich mich befinde."

Beckmann beeilte sich nun, Eva Marie und deren Mutter vorzustellen. Frau Delius erging sich in wortreichen Beileidsbezeigungen und war überschwenglich liebenswürdig. Den neuen Herrn von Burgwerben zu Danke zu verpflichten, konnte nur vorteilhaft sein. Eva Marie konnte es nicht mehr mit anhören. Sie sah recht gut, wie Armins Blick recht ungläubig staunend zwischen Mutter und Tochter Vergleiche zog. Wie kam solche Mutter zu so einer Tochter?

Peinlich berührt unterbrach Eva Marie den Wortschwall.

„Bitte, sprich nicht mehr mit Herrn von Leyden, Mama, er bedarf der Ruhe."

Frau Delius zog sich mit entrüsteter, beleidigter Miene in den Hintergrund des Zimmers zurück. Beckmann trat ans Fenster, um nach dem zurückgebliebenen Pferd zu sehen. Der Kutscher hatte es an den Baum gebunden. Es war unverletzt geblieben und wieder ganz ruhig. Auch der Wagen war heil, bis auf die zerbrochene Deichsel. Eva Marie packte indessen ruhig ihr Verbandzeug wieder ein. Mitleidig flog ihr Blick wieder und wieder zu dem Verwundeten hinüber, der jetzt mit geschlossenen Augen auf dem Diwan lag. Sein blasses Gesicht mit den edlen, scharfgeschnittenen Linien gefiel ihr sehr gut. Also so sah der neue Herr von Burgwerben aus.

Beckmann trat wieder ins Zimmer zurück. Leyden schlug die Augen auf und versuchte ein Lächeln.

„Das ist ein schlechter Anfang, lieber Herr Rechtsanwalt. Wenn ich abergläubisch wäre, könnte ich das für ein böses Omen halten. Aber meine gottesfürchtige selige Mutter pflegte in solchen Fällen zu sagen: Wer weiß, weshalb der liebe Gott hier Einsprache erhebt, er will immer nur unser bestes, auch wenn es anders scheint."

„Daran halten Sie nur fest, Herr von Leyden. Die Vorsehung führt uns oft sonderbare Wege."

Er sah dankbar zu Eva Marie hinüber. Sie lächelte gütig und erneuerte die Kompresse. Dann sagte sie ernst:

„Und den größten Glückszumstand vergessen Sie zu erwähnen. Wenn es Ihnen nicht gelang, die Pferde zum Stehen zu bringen, so wäre ein viel größeres Unglück möglich gewesen. Ein Zusammenstoß mit dem Zuge hätte verhängnisvoll für viele werden können."

„Also will ich als einziges Opfer meinen Unfall mit Würde ertragen. Mich peinigt nur der Gedanke, daß ich Ihnen als lästige Störung in Ihr friedliches Heim falle."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250311-17/fragment/page=0005

booten zerschellt. Auch die Kriegsflotte im Hafen von Toulon hat starken Schaden erlitten. Im Kanal ist die Schiffahrt besonders schwer behindert.

⊙ **Ein besatzungsloses Luftschiff gestrandet.** Aus Santander wird gemeldet, daß ein französisches Luftschiff ohne Besatzung in der Gegend von Ontameda niedergegangen sei. Man glaubt, daß es sich um ein Luftschiff handle, das durch den Sturm aus der Halle losgerissen worden ist. Wie offiziös berichtet wird, ist bis jetzt von einem Unfall eines französischen Luftschiffes nichts bekanntgeworden.

⊙ **Das Abzeichen der heiratslustigen Kriegerwitwen.** Die Kriegerwitwen in Frankreich haben sich ein Abzeichen ausgedacht, damit die Männer erkennen, daß sie nicht abgeneigt sind, eine neue Ehe einzugehen. Sie tragen an der linken Hand einen Ring, der durch sein schwarzweißes Muster schon von weitem auffällt.

⊙ **Unwetterschäden in Italien.** Aus Umbrien werden Überschwemmungen und schwere Schäden infolge der letzten Regengüsse gemeldet. An der italienischen Grenze bei Domodossola haben zahlreiche Schneelawinen mehrere Straßen gesperrt und drei Alpler abgeschnitten. Versuche, sie durch Seile zu retten, sind ergebnislos geblieben. Bei Spoleto hat der Blitz auf freiem Felde eine Herde von Schafen getötet, während die beiden Hirten unverletzt blieben.

⊙ **1000 Malaria-Opfer auf Java.** Nach Meldungen aus Soerabaya (Java) sind bei der letzten, jetzt als überwunden anzusehenden Malariaepidemie in den Bezirken Kedamean und Mengati von einer Gesamtbevölkerung von 7000 Personen 3000 von dieser Krankheit befallen, von denen etwa 1000 starben.

⊙ **Großfeuer in London.** Ein Feuer, das für London furchtbare Folgen hätte haben können und das Tausende von Pfund Schaden anrichtete, wütete in London im Woolwich-Arsenal. Dieses Arsenal ist das größte der Welt. Die Antigasfabrik brannte in zwei Stunden vollständig nieder. Aus allen Teilen Londons waren Löschzüge eingetroffen. Zum Glück wehte der Wind in einer günstigen Richtung, sonst hätten die Flammen die Explosivfabriken erreicht.

⊙ **Eckener in Stockholm.** Der Führer des „Z. R. 3" bei seiner Fahrt über den Atlantischen Ozean, Dr. Hugo Eckener, befindet sich zurzeit in Stockholm, wo er Vorträge über seine Erfahrungen hält. Er wurde über seine Ansichten bezüglich Amundsens Nordpolflug befragt und antwortete: „Warum sollte Amundsen keinen Erfolg haben?" und stellte fest, daß eine Fahrt in die arktischen Regionen mit einem Luftschiff sicherer wäre als mit einem Flugzeug. Dr. Eckener wird, einer Einladung des königlichen Aeroklubs folgend, auch in London im Laufe dieses Monats Vorträge halten.

⊙ **Austernessen verboten.** Einer besonders vorsichtigen Gesundheitspolizei erkrankt sich Chicago. Nachdem in letzter Zeit mehrere Fälle von Typhus festgestellt worden waren, hat die Behörde das Essen von rohen Austern verboten, da sie diese „als Krankheitsübertäger fürchtet. Große farbige Plakate verkünden den Gästen diese Verfügung in den Restaurants.

Bunte Tageschronik

Paris. Nach einer Havasmeldung ist bei Turin ein Militärflugzeug abgestürzt. Die beiden Flieger wurden verkohlt aufgefunden.

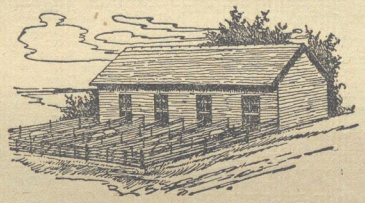
Amsterdam. Demnächst werden zwei neue holländische Kreuzer in Dienst gestellt, und zwar der Kreuzer „Java" im Mai dieses Jahres und der Kreuzer „Sumatra" zu Beginn des Jahres 1926.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ein Reichsbannerprozeß.** Am kommenden Montag beginnt vor dem Großen Schöffengericht in Schweidnitz der Prozeß gegen 38 Angehörige des Reichsbanners. Der Anklage liegen die blutigen Vorgänge, die sich vor ungefähr acht Wochen bei einer Stahlhelmfeier in Striegau abgespielt haben, zugrunde. Der Prozeß hat dadurch eine ganz besondere Bedeutung, daß sich unter den Verteidigern bekannte republikanische Persönlichkeiten, so der ehemalige Reichsjustizminister Radbruch, befinden. Als Zeugen sind etwa 400 Personen geladen. Für die Verhandlung sind 10 Tage vorgesehen.

Ein mustergültiger Schweinestall.

Möchten Sie wohl auch einen Schweinestall bauen, wie den, welchen wir hier abbilden? Er sieht Ihnen vielleicht nicht vornehm genug aus? Nun, lassen Sie das gut sein. Er ist vor allem praktisch. Einer unserer erfolgreichsten deutschen Landwirte, der berühmte, kürzlich verstorbene Saatgutzüchter von Lochow-Petkus ist mit dem Bau solcher ganz aus Holz, Kiefernnadeln, Stroh und einigen Dachziegeln bestehenden Schweineställe vorangegangen, und nachdem die Versuchswirtschaft für Schweinehaltung in Ruhlsdorf, Kreis Teltow, diese zweckmäßigen Schweineställe ebenfalls eingeführt hatte, haben sie so viel Anklang gefunden, daß diese Anstalt Bauzeichnungen hat vervielfältigen lassen, die von ihr zu beziehen sind. Zu bemerken ist, daß der Stall seine guten Eigenschaften nur entfalten kann, wenn er von Osten nach Westen gebaut ist, so daß die Buchtenreihe sich nach Süden und der Gang sich an der Nordseite befindet. Auf diese Weise ist dafür gesorgt, daß die Sonne auch in der kälteren Jahreszeit die Buchten und Ausläufe nach Möglichkeit wärmt. Der Stall ist so gebaut, daß aus jeder Bucht eine Öffnung in den davor befindlichen Auslauf führt. Die Sau kann also ganz nach ihrem Wunsch mit ihren Ferkeln ins Freie gehen oder im Stall bleiben. Auf diese Weise gelangen die Ferkel dazu, sich schon, wenn sie erst wenige Tage alt sind, auch während der Winterszeit bei Sonnenschein einige Mittagsstunden im Freien herumzutummeln. Sie geraten daher ungleich gesünder und widerstandsfähiger, als wenn sie in einem massiven Stalle den Winter zubringen müßten.



Man baut auf einem möglichst trockenen Untergrund, denn der Stall darf nicht unter stauender Nässe leiden. Nötigenfalls fährt man vorher an der Baustelle eine etwa einen halben Meter hohe Schicht Sand oder Schlacke auf. Der Gang auf der Nordseite ist bei dem Mutterstalle bei einer Gesamtstallbreite von 5 Meter 1,75 Meter breit, und zwar hat man eine so erhebliche Breite darum gewählt, weil der Gang gleichzeitig als Raum für die Fütterung der Ferkel Verwendung findet. Durch 50 Zentimeter hohe, aus dünnen Brettern gefertigte Horden wird der Gang in Ferkelfutterplätze eingeteilt. Die einzelnen Buchten sind 2 Meter breit und 3,25 Meter lang. Die Gesamtlänge des Stallbaues richtet sich nach der Zahl der Buchten, die man anzulegen wünscht. Jede Bucht ist für eine Sau und ihre Ferkel berechnet und besteht aus zwei Teilen. Der am Gang gelegene 1,25 Meter breite, geflasterte Raum dient der Sau zur Futteraufnahme und zur Kotablage. Der anschließende 2 mal 2 Meter große Raum bleibt ungepflastert und bekommt eine Strohschüttung als Lagerplatz für die Tiere. Die Ausläufe sind je 2 Meter breit und 10 Meter lang. Die Außenwände und auch die Stiele im Innern des Baues sind auf Zement- bezw. Steinfundament gestellt. Zum Stielwerk wurden durchweg Rundstangen verwendet, die Wände sind aus aufgetrennten Kiefernstangen möglichst dicht zusammengenagelt, und zwar doppelt, der Zwischenraum ist mit gestampften Kiefernadeln gefüllt. Jede Bucht hat eine Auslauflappe, die nach Belieben geöffnet und geschlossen werden kann. Die Fenster sind zweiteilig, die obere Hälfte kann geöffnet werden. Die Türen sind doppelt, um im Winter eine Auskühlung zu verhindern. Als Bedachung wurden Falzziegel verwendet, die nicht mit Mörtel verstrichen wurden, um eine genügende Ventilation zu ermöglichen, unter den Ziegeln aber befindet sich eine etwa 40 Zentimeter starke Langstrohschicht, um im Sommer eine zu starke Erhitzung, im Winter eine zu starke Erkältung durch das Massivdach zu verhindern.

□ **Erstes Blühen.** Der ungewöhnlich warme Winter hat es mit sich gebracht, daß in diesem Jahre das erste Frühlingsblühen ungewöhnlich zeitig einsetzte. Im Neckartal, das ja bekanntlich durch seine geschützte Lage gegen das übrige Deutschland immer um etwa vier Wochen voraus ist, hat sogar schon die Baumblüte begonnen. Im übrigen Deutschland blühen fast überall außer den Schneeglöckchen die Erlen, die Haselsträucher, die Christrosen, sogar der Jasmin prangt teilweise schon im Blütenkleid, und Gänseblümchen recken sich hie und da der Frühjahrssonne entgegen. Des Winters diesmal sehr gelinde Herrschaft ist also dahin.

Spiel und Sport.

Sp. **Deutsche Waldlauf-Meisterschaft.** Die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik versendet zum siebenten Male die Ausschreibung für die Deutsche Waldlauf-Meisterschaft. Der Hamburger Leichtathletik-Verband ist mit der Durchführung der für alle Deutschen offenen Konkurrenz beauftragt worden. Die allgemeinen Bestimmungen sind im großen und ganzen die gleichen der früheren Jahre. Auf dem zehn Kilometer langen Wege bei Bergedorf wechseln Steigungen und Gefälle in bunter Folge. Meldeschluß ist am 23. März bei den zuständigen Landesverbänden.

Welt und Wissen.

w. **Auffindung einer alten Stadt.** Eine bemerkenswerte archäologische Entdeckung wurde kürzlich, nach der „Illustrated London News", von zwei jungen Französinnen gemacht: Fräulein H. de Saussure und Fräulein Marthe Oulie, die in einem kleinen 25-Fuß-Segeltutier „Perlette", den sie selbst ganz allein führten, zwischen den Inseln des griechischen Archipels kreuzten. Keines der Mädchen ist älter als 20 Jahre. Fräulein Oulie, die als der jüngste der französischen Archäologen bezeichnet wird, ist von der Académie Inscriptions et Belles Lettres beauftragt worden, auf Kreta Ausgrabungen zu machen. Mit nur 18 Arbeitern legten sie die Ruinen der alten Stadt Malia frei, die um 2100 v. Ch. gebaut wurde, und fanden eine Anzahl von Vasen und Bildsäulen von bisher unbekannter Art.

Gereimte Zeitbilder.

Von Gotthilf.

Die Woche war's der dunklen Trauertage,
Des Grabgeläutes und der Totenklage,
Es bluteten die kaum verharschten Wunden
Um die, die aus dem Streite heimgefunden.

Um die, die in den Schluchten der Karpathen,
Im Felsgeklüft den letzten Seufzer taten,
Um jene, deren Leben jäh zerronnen
Im Wasgenwald, am Berghang der Argonnen.

Um alle, die im Sand von Asiens Wüsten
Im Sterben noch die deutsche Heimat grüßten,
Um die, die sinkend in des Weltmeers Tiefen
Mit letztem Hauch den Namen „Mutter!" riefen.

Und mitten in des Volkes tiefe Trauer,
In Herzenstränen und in Seelenschauer
Drang neuen Unheils trauervolle Kunde
Und pflanzt sich sturmschnell fort von Mund zu Munde:

Mann über Bord! — Doch vorwärts führt das Steuer,
Und nie erlischt im Kesselraum das Feuer;
Ob grau die Stunde rinnt, ob hell und heiter,
Der Kiel treibt durch den Gischt — das Schiff fährt weiter!

Halbmast die Flagge, gleitet's durch die Wellen,
Trotz aller Klippen darf es nicht zerschellen,
Der Wimpel weht im Wind . . . Nur weiter streben!
Rafft auch der Tod den Mann, das Schiff muß leben!

Und flackern, züngeln auch des Hadess Flammen,
Zuletzt hält alle Mannschaft doch zusammen,
Und wenn am Himmel sich auch Wolken ballen,
Was eines Stammes ist, kann nicht zerfallen.

Noch ist ein Völkerfrühling, Völkerfrieden
Nach Kriegesgraus der Erde nicht beschieden,
Doch schon sieht man des Lenzes Knospen treiben —
Die Fahne hoch! . . . Das Reich muß uns doch bleiben.

Die Testamentsklausel

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

14] (Nachdruck verboten.)

Sie sah ihn ernst an.

„Wenn es wirklich eine Störung wäre, lästig würde uns das Ausüben einer einfachen Menschenpflicht sicher nicht sein. Ich bitte Sie aber nun ernstlich, nicht mehr zu sprechen bis zur Ankunft des Arztes. Bevor wir nicht genau wissen, ob Sie nicht noch andere Verletzungen davongetragen haben, ist Vorsicht am Platze."

Er schloß gehorsam die Augen und sprach nicht mehr.

Die Zeit bis zur Ankunft des Arztes verging sehr langsam. Nie erscheinen die Minuten länger als in solchen Fällen. Endlich sah Eva Marie seinen Wagen auf der Straße herankommen. Sie kannte ihn genau von der Krankheit ihres Vaters her.

Doktor Schmalfeldt war derselbe, der auch Friedrich von Leyden behandelt hatte. Der Kutscher hatte ihm erzählt, was sich zugetragen und er war mit allem versehen, was er in solchen Fällen brauchte.

Als er Armin gründlich untersucht und Eva Mariens Bandage von dem gebrochenen Bein entfernt hatte, machte er ein zufriedenes Gesicht.

„Sie haben mir da hübsch ins Handwerk gepfuscht, Kindchen. Da bleibt mir kaum noch etwas zu tun. Hut ab, das haben Sie famos besorgt. Nun können Sie mir wohl auch noch ein bißchen zur Hand gehen, bis wir das Bein ordentlich eingepackt haben," sagte er lächelnd zu Eva Marie.

„Gern, Herr Doktor, wenn ich irgend etwas helfen kann, bin ich bereit."

„Schön, das ist ein Wort. Nun, Herr von Leyden, jedenfalls hat Ihnen Fräulein Delius durch ihr schnelles und sicheres Eingreifen eine Menge Schmerzen erspart."

„Ich bin ihr auch sehr dankbar, Herr Doktor. Gewiß, Fräulein — Sie machen mich für immer zu ihrem Schuldner."

Eva Marie schüttelte nur abwehrend den Kopf und ging dem Arzt flink und geschickt zur Hand.

„Es ist alles noch gut abgelaufen, Herr von Leyden, ein glatter Bruch, der schnell und gut heilen wird, ohne irgend welche Folgen zu hinterlassen. Und sonst ist Ihnen bei dem Sturz nichts geschehen. Es hätte auch ein Schädelbruch werden können."

„Also kann ich wohl nach dem Schloß transportiert werden?"

„J, den Deibel werden wir tun. Nee, nee, das schlagen Sie sich nur aus dem Sinn. Die Damen treten Ihnen gewiß gern das Zimmer ab, bis Sie geheilt sind."

Eine barmherzige Schwester schicke ich Ihnen heute abend noch heraus, damit Sie niemand aus der Ruhe bringen. Nicht wahr, Fräulein Delius, Sie führen Ihr Samariterwerk zu Ende!"

„Na also, das wußte ich ja. Nun mal still gehalten, Verehrtester, sonst bekommen Sie ein schiefes Bein."

Beckmann fuhr inzwischen in des Doktors Wagen zum Schloß, um Scheveking zu melden, daß der geplante Empfang des Schloßherrn verschoben werden müsse.

So lag nun Armin von Leyden mit gebrochenem Unterschenkel in dem kleinen Landhause, statt, wie er gehofft hatte, seinen Einzug in Schloß Burgwerben zu halten.

Bereits acht Tage waren seit dem Unfall verstrichen. Schmerzen fühlte er kaum noch, fühlte sich auch sonst ganz normal. Nur die Langeweile plagte ihn sehr.

Die Diakonissin, die Doktor Schmalfeldt noch am selben Abend aus der Stadt geschickt hatte, war eine ältere, sehr stille und langweilige Person. Sie schien immer müde zu sein, kam zwar ihren Pflichten gewissenhaft nach, war aber nicht für eine kurzweilige Unterhaltung zu haben. Frau Professor Delius kam jeden Tag einigemal zu ihm herein, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen und mit ihrer schrillen Stimme auf ihn einzureden. Diese Dame und ihre ganze Art war ihm aber so unsympathisch, daß er sie immer möglichst kurz abfertigte. Eva Marie hatte er noch nicht wieder gesehen, seit sie an jenem Abend sein Zimmer verlassen hatte und der Diakonissin ihr Amt abtrat. Er beschäftigte sich aber in Gedanken viel mit ihr. Ihr stilles, sanftes und doch zugleich energisches Walten bei seinem Unfall hatte ihm sehr imponiert. Sie schien gemütvoll ohne Sentimentalität zu sein und keine jener prüden Zimperliesen, die ihm gleich unausstehlich waren wie frivole Frauen. Und ihr Anblick war ihm sympathisch. Sie war keine Schönheit im strengen Sinne, aber anmutig und voll Liebreiz. — Heute war ein wundervoller, klarer Frühsommertag. Die Schwester hatte auf des Kranken Wunsch den Diwan an das Fenster gerollt und dieses geöffnet. Armin atmete mit vollen Zügen die herrliche Luft ein und ließ sein Auge in die Ferne schweifen bis zu den waldbewachsenen Höhenzügen. Ein leises Geräusch im Garten machte ihn aufmerksam. Draußen auf den kiesbestreuten Gartenwegen kam Eva Marie daher und prüfte mit sorgenden Blicken die zahlreichen Rosensträucher. Ein großer runder Hut beschattete ihr liebes, ernstes Gesicht. Sie trug Bastfäden und eine Schere bei sich und schnen Rosenzweige aufzubinden. Armin machte es Freude, ihre anmutigen Bewegungen zu beobachten. Er verhielt sich ganz still und sie hatte keine Ahnung, daß er sie sehen konnte.

Leider erschien bald darauf ihre Mutter und gab ihr irgend einen Auftrag. Die beiden Frauen verschwanden im Hause.

Ein unangenehmes Gefühl beschlich Armin plötzlich. War es möglich, daß Mutter und Tochter so verschieden voneinander waren? —

Daß sich Armin während dieser unfreiwilligen Klausur lebhaft mit den Testamentsbedingungen beschäftigte, war natürlich. Und ebenso natürlich war es, daß er auch Eva Marie damit in Zusammenhang brachte. Sie schien ihm alle Eigenschaften zu besitzen, die er an einer Frau für sich wünschte. Er urteilte dabei ganz leidenschaftslos und objektiv. Aber diese Mutter? Die mit in den Kauf zu nehmen, mit ihr wohl gar zusammen leben zu müssen, mit diesem Gedanken konnte er sich nicht abfinden. Nein, dann lieber nicht. Aber schade, sehr schade, es hätte sich sonst so gut gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250311-17/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal, am Mittwoch Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher.)
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 8, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteile 15 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalt.

Nr. 20. **Mittwoch, den 11. März 1925.** **28. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstag trat dem Regierungsvorschlag bei, den Termin für die Wahl des Reichspräsidenten auf den 29. März festzusetzen. Ergibt der erste Wahlgang kein Resultat, findet die endgültige Wahl am 26. April statt.
* Der Gesetzentwurf über die Berufung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons zum Stellvertreter für den Reichspräsidenten bis zur Neuwahl wurde im Reichstage angenommen.
* Im Eisenbahnarbeiterstreik ist noch keine Entspannung eingetreten. Man hofft auf erfolgreiche Einigungsverhandlungen in den nächsten Tagen.
* Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, ein Sohn des ehemaligen Regenten von Braunschweig, Prinz Albrecht, ist in Dresden gestorben.
* Im Saargebiet sind außerordentlich umfangreiche Sprengschiebungen entdeckt worden.
* Die 33. Tagung des Völkerbundrats wurde in Genf eröffnet.

Gefahr für den Bahnverkehr.

Von unterrichteter Seite wird uns zu dem um sich greifenden Streik bei der Reichsbahn geschrieben:

Der Eisenbahnerstreik scheint sich jetzt zu einer ernsten Gefahr auszuwachsen, denn seit seinem Beginn Mitte vergangener Woche ist die Zahl der Streikenden in steter Zunahme begriffen. Bei einem derart komplizierten Mechanismus, wie ihn die Reichsbahn darstellt, ist aber alles auf ein durchaus reibungsloses Zusammenarbeiten aller Teile, auf ein Ineinandergreifen aller Räder eingestellt; wenn irgendwo auch nur die geringste Störung eintritt, dann läuft das ganze Getriebe Gefahr. In der Hauptsache sind übrigens bisher nur Eisenbahnarbeiter an der Streikbewegung beteiligt, die ihren Grund darin hatte, daß eine allgemeine Lohnerhöhung verlangt wurde, während die Reichsbahngesellschaft nur dort die Löhne heraufsetzen wollte, wo sie bisher unter denen der Industriearbeiter lagen.

Die Reichsbahngesellschaft erklärt nämlich, sie könne eine derartige allgemeine Lohnerhöhung nur dann zugestehen, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben durch eine Tariferhöhung wieder hereingebracht würden. Der Grundsatz der Gesellschaft, daß die Einnahmen nicht geschmälert werden dürften, daß vielmehr ausgedehnteste und rigoroseste Sparsamkeit oberste Pflicht sei angesichts der enormen Belastung durch die Reparationsverpflichtungen, die auf der Reichsbahn liegen, ist natürlich richtig. Unrichtig aber ist es — Beispiele dafür haben wir doch gerade in den letzten Jahren zahlreich genug erlebt! —, aus einer Tariferhöhung nun ohne weiteres auch auf eine Vermehrung der Einnahmen zu schließen. Die Gesellschaft gibt andererseits zu, daß die von ihr gezahlten Löhne mancherorts nicht an die von der Industrie gezahlten heranreichen. Das ist falsche Sparsamkeit, weil sie unwirtschaftlich ist. Auch die Arbeiter bei der Eisenbahn haben ihre besonders große Verantwortung und an ihre Ehrlichkeit werden weit größere Ansprüche gestellt als an zahlreiche Arbeiterkategorien der Privatindustrie. Man denke nur daran, welche Werte durch die Hände der Güterbodenarbeiter gehen, denke an die gefährliche Arbeit beim Rangieren.

Die Lage der Streikenden ist keineswegs rosig und es hat viel zum Ausbruch des Streiks beigetragen, daß bekannt wurde, welche sehr beträchtlichen Gehälter die höchsten Beamten der Reichsbahngesellschaft ausgezahlt erhalten. Das Reichsbahngesetz vom 31. August 1924 hatte für die Beamtengehälter nur die Grenze nach unten gezogen, indem es festsetzte, daß diese Gehälter nicht geringer sein sollten als die gleichartigen bei den Reichsbehörden. Es erregte im Reichstag vor einiger Zeit die größte Sensation und bei allen Parteien eine ziemliche Entrüstung, als festgestellt wurde, daß die obersten Beamten der Reichsbahngesellschaft weit höhere Gehälter erhielten als die entsprechenden Beamten beim Reichsverkehrsministerium. Ein weiteres Ungeschick bedeutete es, daß die Reichsbahn wenige Tage darauf auch noch mit der Ankündigung einer Gütertariferhöhung kam. Das Reich selbst hat keinen Einfluß auf die Gehaltsregulierung bei der Reichsbahn, hat dagegen ein Genehmigungsrecht bei Tarifänderungen. Darüber hinaus kann es aber auch Tarifherabsetzungen verlangen, und zwar für Personen- oder Gütertarife, wenn diese im Interesse der deutschen Volkswirtschaft für notwendig erachtet werden. Das ist ja schon einmal erreicht worden. Tarifherabsetzungen brauchen nun aber ihrerseits auch nicht etwa Einnahmeverminderung zu bedeuten.

Die ganze Haltung der Reichsbahngesellschaft in der letzten Zeit hat wenig Sympathie hervorgerufen. Die Kampflage der Streikenden ist nicht günstig, weil sie mit der Einstellung von früher Entlassenen rechnen müssen. Allein 30 000 Eisenbahnarbeiter des Einbruchsgebiets im Westen konnten nicht wieder eingestellt werden, als die belgisch-französische Regie abgebaut und ihr Betrieb in die Verwaltung der Reichsbahngesellschaft zurückgegeben wurde. Hinzu kommen aber auch noch die zahlreichen unteren Eisenbahnbeamten, die in großen Massen abgebaut sind und bereits vielfach zur Übernahme der Arbeit der Streikenden wieder herangezogen werden konnten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist ein größerer Eisenbahnerstreik aufs tiefste zu beklagen wie jeder Streik. Aber es muß doch gesagt werden, daß die Reichsbahngesellschaft einen Fiskalismus betreibt, der in den Bestimmungen des Londoner Pakts vorläufig jedenfalls keine Unterlagen hat. Die Reparationslasten, die im Jahre 1925 von der Eisenbahn zu tragen sind, sind verhältnismäßig noch sehr geringe; erst im nächsten und im folgenden Jahr werden sie einen Stand erreichen, der allerdings die allergrößte Sparsamkeit zur selbstverständlichen Pflicht macht. Selbstverständlich ist auch jetzt die vorbeugende Sparsamkeit vonnöten. Aber sie darf die allgemeinen Interessen nicht bedrohen, zumal sie auch, wie die kürzlichen so stark erhöhten Aufwendungen beweisen, nicht gleichförmig durchgeführt wird. Der fiskalistische Standpunkt der Reichsbahngesellschaft ist um so auffallender, als ihr Verwaltungsrat doch, soweit es die deutschen Mitglieder angeht, zum größten Teil aus Männern des Wirtschaftslebens besteht, das in erster Linie unter dieser Übertreibung zu leiden hat.

Irgendwelchen Anregungen seitens des Reichstages hat sich die Reichsbahngesellschaft immer unzugänglicher erwiesen, und das teilweise in Formen, die eine allzu schroffe Betonung ihres Charakters als reiner Privatgesellschaft darstellte. Schließlich besitzt die Gesellschaft doch — man wäre beinahe versucht, zu sagen: leider — das Verkehrsmonopol in Deutschland, soweit es sich auf dem Lande vollzieht, und nach dem Londoner Pakt müssen die Wasserstraßentarife mit den Eisenbahntarifen in Einklang gebracht werden. Daraus erwachsen aber für die Reichsbahngesellschaft nun nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber der Volkswirtschaft. Es geht natürlich nicht an, alle und jede Last auf das zahlende Publikum und die Wirtschaft abzuwälzen. Es geht nicht an, bei jedem Meinungsstreit über die Entlohnung der Arbeiter — ganz gleich, ob diese recht haben oder nicht — mit der Erhöhung der Tarife zu drohen.

Vor entscheidenden Besch[illegible]

Berl[illegible]

Man kann nicht sagen, daß das Sche[illegible] handlungen zwischen Gewerkschaften und G[illegible] des Streiks gebracht hat. Allerdings ist a[illegible] minderung eingetreten. Immerhin besch[illegible] Aktion bisher mehr auf lokale als allgem[illegible] rungen. Die Spitzen der in Betracht komm[illegible] bahnerverbände sind erst heute zu einer Sitzu[illegible] getreten, um über die Stellungnahme der G[illegible] zu den Forderungen der Eisenbahnarbeiter e[illegible] zu gewinnen. Entscheidende Beschlüsse s[illegible] zu erwarten, da die endgültige Beschlußfas[illegible] Mittwoch erfolgen soll.

Sollten die Gewerkschaften zu den Streik[illegible] Beschlußfassungen kommen, so muß der Schl[illegible] weg über das Arbeitsministeru[illegible] werden. Die Reichsbahngesellschaft macht dar[illegible] sam, daß den Beamten kein Streikrecht zuste[illegible] gemeine Deutsche Eisenbahnerverband erläu[illegible] klärung, in der er das Angebot der Reichsbahn[illegible] an einigen Orten die Ortszulagen neu fest[illegible] „belanglos" hinstellt und es nunmehr als s[illegible] ansieht, die Leitung des ohne sein Zutun [illegible] standenen Streiks in die Hand zu nehmen. [illegible] band ist jedoch nur ein Teil der Angestellten or[illegible]

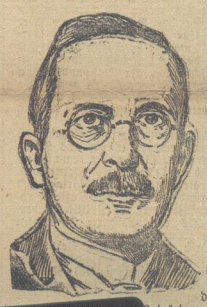
Zur Präsidentenwahl.

n. Berlin, 9. März.

Auch heute kann von einer Klärung der Frage, welche und wieviel Kandidaten aufgestellt werden, noch nicht die Rede sein. Die Tatsache, daß die rechtsstehenden Parteien mit einem gemeinsamen Kandidaten in den Wahlkampf ziehen werden, scheint festzustehen, obwohl noch keine Entscheidung darüber getroffen ist, ob die Bayerische Volkspartei, mit der Verhandlungen schweben, sich mit den übrigen Rechtsparteien vereinigt. Genannt wurden bekanntlich der volksparteiliche Duisburger Oberbürgermeister und frühere Reichsinnenminister Dr. Jarres und der dem rechten Flügel des Zentrums angehörige ehemalige preußische Ministerpräsident Adam Stegerwald. Die bestimmte Nominierung dürfte Mitte der Woche erfolgen. Von Bedeutung dafür dürfte die Stellungnahme der Zentrumspartei sein, die ebenfalls in diesen Tagen sich schlüssig werden soll. Vorläufig tritt dabei der Name des ehemaligen Reichskanzlers Marx stark in den Vordergrund. Die Demokraten halten vorläufig zurück. Es ist ungewiß, ob sie für sich einen Kandidaten herausstellen. Beim Zentrum sowohl wie bei den Demokraten hat das Vorgehen der Sozialdemokratie erhebliches Aufsehen hervorgerufen, die Otto Braun, den preußischen Ministerpräsidenten der letzten drei Jahre, als ihren Mann proklamierten. Nach dieser Proklamation gewinnt die Voraussage große Wahrscheinlichkeit, daß die Rechtsparteien schon im ersten Wahlgang eine übereinstimmende Wahlparole haben werden, während die nicht mit ihnen gehenden Parteien jede für sich die Stimmen der Wähler sammeln würden.

Der stellvertretende Reichspräsident.

Dr. Walter Simons, der vom Reichstag zum stellvertretenden Reichspräsidenten gewählt worden ist, steht im 64. Lebensjahr. Die großen Parteien des Reichstages haben sich gerade auf seine Person geeinigt, da er in allen Parteilagern sich großen Ansehens erfreut und seine Stellung als Präsident des Reichsgerichts, also des höchsten Gerichtes des deutschen Reiches, eine von politischen Einflüssen unabhängige Geschäftsführung seines Amtes erwarten läßt. Dr. Simons ist kein Neuling in der großen Politik. Er gehörte dem Kabinett Fehrenbach als Außenminister an und hat in Versailles und Spa mit den Vertretern der ehemaligen Feinde Deutschlands um günstigere Friedensbedingungen für sein [illegible] bei seiner Rückkehr aus Spa brachte [illegible]ölkerung begeisterte Ovationen dar. [illegible]e Stellvertretung bis zum Amts[illegible]hspräsidenten übernehmen.



[illegible]che Rundschau.

[illegible]tsches Reich.

[illegible] Botschafter in Berlin.

[illegible]cher Quelle stammende Nachricht, [illegible]nischen Botschafter in Berlin er[illegible]icht, wie Reuter zu melden weiß, [illegible] Botschafter Amerikas in Berlin [illegible]blickliche amerikanische Gesandte [illegible] Schurman, in Aussicht ge[illegible]eutschen Universitäten [illegible] mit dem Deutschen sehr ver[illegible]

[illegible] von Preußen gestorben.

[illegible] bei Dresden, wo er Genesung [illegible]ft Prinz Friedrich Wilhelm von [illegible]r Prinz hat ein Alter von nur [illegible]r der jüngste Sohn des Prinzen [illegible]enten von Braunschweig. Der [illegible] Zeit hindurch Landrat des [illegible]hlesien.

[illegible]ungen.

[illegible]zialistischen deutschen Arbeiter[illegible] verschiedene große Münchener [illegible] einberufene fünf großen Massenversammlungen sind von der Polizeidirektion München verboten worden. In der Begründung wird hervorgehoben, daß Hitler in seiner letzten Versammlung Redewendungen gebraucht habe, die nahe an Versuch zum Hochverrat grenzen. Die Polizeidirektion sei daher verpflichtet, einer solchen den Staat gefährdenden Entwicklung zuvorzukommen und die für Dienstag anberaumten Massenversammlungen zu verbieten.

Japan.

× **Ein Sozialistengesetz in Japan.** Das japanische Parlament hat mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf angenommen, nach dem jedermann mit Gefängnis bedroht wird, der an einer geheimen Organisation teil-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250311-17/fragment/page=0007